

DEUTSCHER BUNDESTAG

Kommission
zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
- Sekretariat -

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/34

Zwischenbericht

über die Tätigkeit der

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

vom 19. Januar 2009 bis Ende der 16. Legislaturperiode (Oktober 2009)

Vorsitz: Ekin Deligöz, MdB (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

vorgelegt dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Inhalt	<u>Seite</u>
1. Einleitung	6
2. Arbeits- und Beratungsschwerpunkte	7
2.1. Frühe Hilfen	7
2.1.1. Öffentliche Anhörung: Neue Konzepte früher Hilfen	8
2.1.2. Bei den Stadtteilmüttern in Berlin-Neukölln	11
2.1.3. Stellungnahme zum Thema „Frühe Hilfen“	13
2.2. Elementarbildung – frühkindliche Förderung	16
2.2.1. Expertengespräch zum Thema „Elementarbildung – frühkindliche Förderung“ mit Frau Kathrin Bock-Famulla (BertelsmannStiftung)	16
2.2.2. Stellungnahme zum Thema „Elementarbildung - Frühförderung“	17
2.3. Kinder und Ernährung/Verbraucherschutz	21
2.3.1. Expertengespräch zum Thema „Kinder und gesunde Ernährung“ mit Frau Dr. Susanna Wiegand (Charité-Kinderklinik) und Herrn Raimund Schmid (Kindernetzwerk)	21
2.3.2. Kochen mit Kindern in der Charité-Kinderklinik am 17. Juni 2009	23
2.3.3. Stellungnahme zum Thema „Gesunde Ernährung“	25
3. Weitere Beratungsthemen	29

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

3.1. Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Ausbeutung	29
3.2. Kinder und Medien	35
3.2.1. RTL-Sendung „Erwachsen auf Probe“	35
3.2.2. Kinderkanal (Kika-Online)	38
3.3. Kinderlärm	44
3.4. Kindesentziehung ins Ausland	46
3.5. Dritt- und Viertberichterstattung Deutschlands zur UN-Kinderrechtskonvention	50
3.6. Komplexleistung integrierte Frühförderung	52
4. Informationsgespräche	52
5. Veranstaltungen/Grußworte	53
6. Öffentlichkeitsarbeit	54
6.1. Pressemitteilungen	54
6.2. Pressekonferenzen	56
6.3. Kindertag im Bundestag	56
6.4. Internetauftritt und Internetbriefkasten	57
7. Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission	58
7.1. Abgeordnete Ekin Deligöz	58
7.2. Abgeordnete Michaela Noll	59
7.3. Abgeordnete Marlene Rupprecht	60
7.4. Abgeordnete Miriam Gruß	62

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

7.5. Abgeordnete Diana Golze	63
8. Liste der Kommissionsdrucksachen der Kinderkommission	66
9. Anlagen	68
9.1. Pressemitteilungen	68
9.2. Stellungnahmen	95

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

1. Einleitung

In der Kommission für die Wahrnehmung der Belange der Kinder des Deutschen Bundestages (Kinderkommission) wechselt der Vorsitz zwischen den fünf Kommissionsmitgliedern turnusmäßig in der Reihenfolge der Fraktionsstärke. Die erste Vorsitzzeit in der 16. Legislaturperiode übernahm dementsprechend MdB Michaela Noll von der CDU/CSU, die den Vorsitz am 4. November 2006 an MdB Marlene Rupprecht von der SPD übergab. Danach folgte MdB Miriam Gruß von der FDP, die am 25. April 2008 den Vorsitz an MdB Diana Golze von der Fraktion DIE LINKE. weitergab. Daran schloss sich die Vorsitzzeit von MdB Ekin Deligöz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19. Januar 2009 bis zum Ende der 16. Legislaturperiode im Oktober 2009 an.



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Das Arbeitsprogramm von MdB Ekin Deligöz umfasste folgende Schwerpunkte:

- **Frühe Hilfen**
- **Elementarbildung – frühkindliche Förderung**
- **Kinder und Ernährung / Verbraucherschutz.**

Zu diesen Schwerpunktthemen verfasste die Kinderkommission jeweils einen Beschluss, der dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie – je nach Thema - den jeweils zuständigen Ressorts der Bundesregierung zugeleitet wurde. Soweit die Bundesländer und die kommunalen Spitzenverbände an der Umsetzung der Empfehlung zu beteiligen waren, erhielten auch sie die Stellungnahmen. Auf diese Stellungnahmen wurde mit einer Pressemitteilung hingewiesen, so dass sie auch bei den Fachverbänden und der interessierten Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden.

Weitere Beratungsgegenstände ergaben sich aus aktuellen Themen. Hervorzuheben sind insbesondere der Schutz der Kinder und Jugendlichen vor sexueller Ausbeutung und bei Medienproduktionen sowie die Problematik des „Kinderlärms“.

2. Arbeits- und Beratungsschwerpunkte

2.1. Frühe Hilfen

Um Kindern ein gesundes Aufwachsen entsprechend ihren individuellen Begabungen und Fähigkeiten unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu ermöglichen, bedarf es der unterschiedlichsten Mittel und Wege. Gerade Familien mit einem hohen Unterstützungsbedarf brauchen verlässliche und kontinuierliche Hilfen. Um sich über diese Hilfemöglichkeiten umfassend zu informieren, führte die Kinderkommission zu dem Thema „Neue Konzepte früher Hilfen“ eine öffentliche Anhörung durch. Anschließend verschaffte sie sich beim Projekt der Stadtteilmütter in Berlin-Neukölln einen Einblick in die praktische Arbeit.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

2.1.1. Öffentliche Anhörung zum Thema „Neue Konzepte früher Hilfen“

Am 4. März 2009 informierte sich die Kinderkommission in einer öffentlichen Anhörung über Möglichkeiten der Unterstützung der Eltern bei ihren Erziehungsaufgaben. Hierzu lud die Kommission die Öffentlichkeit mit folgender Pressemitteilung ein:



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 25. Februar 2009

Öffentliche Anhörung der Kinderkommission „ Neue Konzepte früher Hilfen“

Zeit: Montag, den 2. März 2009 von 15.00 bis 17.00 Uhr
Ort: Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200

Kinder haben einen Anspruch darauf, dass sie gefördert und unterstützt werden. Alle Kinder sollen unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Startchancen haben und gesund aufwachsen. Dafür tragen in erster Linie Eltern und Familie die Verantwortung.

Die staatliche Gemeinschaft hat die Pflicht, Eltern die Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu ermöglichen und sie dabei zu unterstützen. Diese Verantwortung muss stärker als bisher wahrgenommen werden. Um Kinder früher und besser vor Vernachlässigung zu schützen, bedarf es eines neuen Verhältnisses von öffentlicher und privater Verantwortung für die Bildung, Erziehung, Betreuung und Gesundheitshilfe von Kindern.

Die neuen Konzepte früher Hilfen will die Kinderkommission im Rahmen einer Anhörung mit folgenden Experten erörtern:

- Dr. Wolfram Hartmann (Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e.V.)
- Heinz Hilgers (Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.)
- Peter Lukasczyk, Leiter der Abteilung Soziale Dienste (Jugendamt der Landeshauptstadt Düsseldorf)
- Angela Nieting (Deutscher Hebammenverband e.V.)
- Alexandra Sann (Deutsches Jugendinstitut e.V.)
- Cordula Stucke (Kinderschutzzentrum Hamburg)

Interessierte Zuhörer melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Tel.: (030) 227-30551, E-Mail: kinderkommission@bundestag.de) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums an. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Informationen zur Übertragung im Parlamentsfernsehen unter: <http://www.bundestag.de/aktuell/tv/index.html>. Bild- und Tonberichterstätter werden gebeten, sich beim Pressereferat (Telefon: 030/227-32929 oder -32924) anzumelden. Bitte im Sitzungssaal Handys ausschalten!

Herausgeber: Deutscher Bundestag - Presse und Kommunikation (PuK 1) - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Pressestelle: Telefon +49-30/227-37171 - Fax +49-30/227-36192
Internet: www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Zur Vorbereitung der Anhörung hatte die Kinderkommission den Sachverständigen folgenden Fragenkatalog vorgelegt:

Fragenkatalog zur öffentlichen Anhörung der Kinderkommission

am Montag, 2. März 2009 zum Thema

„Neue Konzepte früher Hilfen“

1. Welche Informations-, Unterstützungs- und Hilfsbedürfnisse sehen Sie bei Familien, vor allem bei jungen Familien bzw. bei Familien mit kleinen Kindern/Baby's?
Auf welche Bereiche beziehen sich diese Bedarfe und worin äußern sich diese in der Praxis bzw. in der empirischen Datenbasis?
2. Wie ist die Angebotslandschaft in Deutschland u.a. auch hinsichtlich des Personals ausgestaltet? Wo sehen Sie in Deutschland eine erhebliche Diskrepanz zwischen Angebot und Bedarf bzw. Nachfrage? Inwiefern kann eine Deregulierung bzw. stärkere Spezifizierung hier hilfreich sein?
3. Ist der Bedarf an diesen Angeboten gestiegen? Wenn ja, welche Ursachen sehen Sie für diesen Anstieg?
 - a) Können Sie diese regional differenzieren? Welche Bedarfe zeigen sich eher im ländlichen Raum, welche in Ballungsgebieten?
 - b) Welche Angebote sollten generell allen Eltern zur Stärkung ihrer Funktion als Erziehungsinstanz zur Verfügung stehen?
 - c) Welche dieser Angebote sind besonders zur Prävention bei Kindeswohlgefährdung geeignet?
 - d) Welche sind besonders passgenau für Eltern, die mit ihrer Erziehungsverantwortung überfordert sind (Kindesvernachlässigung) und welche sind besonders geeignet zur Aufdeckung bzw. Intervention bei Kindesmisshandlung?
4. Gibt es „Imageprobleme“ bei Angeboten, die für Familien generell und ohne Vorhandensein von Problemlagen oder eines erzieherischen Bedarfs bereitstehen sollten, wenn diese überwiegend im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen diskutiert werden? Wie kann diesen vorgebeugt werden?
 - a) Wie verhalten sich die Kostenträger mit Blick auf die wachsende Zahl von sog. Risikofamilien?
 - b) Wie können die hier auftretenden Schnittstellenproblem gelöst werden?
5. Wie funktioniert die Kooperation zwischen den Trägern der Angebote? Welche unterstützenden Instrumente braucht es hier möglicherweise?
6. Welche positiven wie negativen Konsequenzen ergeben sich aus dem Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für die unter Dreijährigen?

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

7. Welche Chancen und Risiken sehen Sie in der Etablierung von Eltern-Kind-Zentren / Familienzentren?
Auf welche Erfahrungen kann hier zurückgegriffen werden, um valide Schlussfolgerungen zu ziehen?
8. Welche neueren Konzepte finden sich im Bereich der frühen Hilfen, wie werden sie angenommen?
9. Wie wirkungsvoll sind die rechtlichen Regelungen (z.B. §16 SGB VIII) bzw. welchen Handlungsbedarf sehen Sie von Seiten des Bundesgesetzgebers?
10. Welche grundsätzlichen Anforderungen (Früherkennung von Problemen, Erreichbarkeit von Zielgruppen, Art der Hilfen, Nachhaltigkeit und Vernetzung der Kinder- und Jugendhilfe mit der Gesundheitshilfe sowie mit Kooperationspartnern etc.) werden an Systeme der frühen Hilfe gestellt?
11. Wie können am besten überforderte/benachteiligte Familien erreicht und unterstützt werden? Welche Institutionen und gesellschaftliche Gruppen müssen sie erreichen können?
12. Welche Erfahrungen gibt es bereits mit erprobten Modellprojekten wie mit dem Projekt "Guter Start ins Kinderleben" und wie können diese Erfahrungen in die Entwicklung von flächendeckenden Regelsystemen einfließen?
13. Welche Erfahrungen gibt es in den Ländern und Kommunen mit vorhandenen Hilfesystemen und wie können diese Erfahrungen für die Entwicklung von Regelsystemen eingesetzt werden?
14. Welche Bedeutung haben bei der Entwicklung von Konzepten der Förder- und Unterstützungsansatz sowie der Interventionsansatz?

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Die Stellungnahmen der einzelnen Sachverständigen hierzu können unter http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Anhoerungen/fruehe_Hilfen/Stellungnahmen/index.html abgerufen werden.

In der Anhörung wurden nicht nur diese Fragen beantwortet, sondern es entspann sich auch eine lebhafte und fruchtbare Diskussion zwischen Kommissionsmitgliedern und den Sachverständigen. Details hierzu können im Wortprotokoll unter http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Anhoerungen/fruehe_Hilfen/Protokoll/index.html nachgelesen werden.

2.1.2. Besuch bei den Stadtteilmüttern in Berlin-Neukölln



© Deutscher Bundestag / Photothek/Thomas Imo

Hierzu veröffentlichte Bundestag.de den folgenden Artikel:

Einblicke in die Praxis gewonnen

Kinderkommission zu Besuch bei Stadtteilmüttern in Neukölln

Knapp 300.000 Einwohner zählt der Berliner Bezirk Neukölln. 40 Prozent der Menschen, die dort leben, haben einen Migrationshintergrund. „Viele Einwandererfamilien leben sehr zurückgezogen und nehmen kaum am sozialen Leben teil“, berichtet Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky. Solche Familien sind die Zielgruppe der Neuköllner Stadtteilmütter. Die 120 Frauen, die selbst Migrantinnen sind, versuchen, zu diesen Familien Kontakt aufzunehmen, sie in die Gemeinschaft zu integrieren und ihnen bei wichtigen Dingen und Situationen des Alltags zur Seite zu stehen.

Zwei Abgeordnete der Kinderkommission, ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, besuchten am Mittwoch, 18. März 2009, Neukölln, um einen Einblick in die tägliche Arbeit einer Stadtteilmutter zu bekommen.

„Wir wollten uns beispielhafte Projekte aus der Nähe anschauen und dadurch für unsere Arbeit Erfahrungen aus der Praxis einholen“, erklärt Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen), die Vorsitzende der Kinderkommission. „Unser aktuelles Thema ist die frühe Hilfe für Kinder und Eltern. Dazu passte das Modell der Stadtteilmütter sehr gut.“

Werbung für Kindergärten und Kindertagesstätten

Das unter der Trägerschaft der Diakonie stehende Projekt nahm 2004 seinen Anfang. „Damals waren nur rund die Hälfte der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund in einem Kindergarten oder einer Kindertagesstätte. Die andere Hälfte war bis zum Schulbeginn den ganzen Tag zuhause“, weiß Maria Macher, Projektleiterin der Neuköllner Stadtteilmütter.

„Unser erster Ziel war daher, die Arbeit dieser Einrichtungen vorzustellen und dafür zu werben.“ Mit Erfolg: Heute gehen auch aus Familien mit Migrationshintergrund fast alle Kinder ab dem dritten Lebensjahr in einen Kindergarten oder eine Kindertagesstätte.

Im Laufe der Zeit sind immer weitere Projektziele entstanden. Die Stärkung des Selbstbewusstseins der Eltern im Umgang mit den Bildungseinrichtungen gehört mittlerweile genauso zu den Aufgaben einer Stadtteilmutter wie die Ermutigung der Eltern, ihre Erziehungsverantwortung aktiv wahrzunehmen.

Sechsmonatige zertifizierte Ausbildung

Die Frauen aus meist türkischer oder arabischer Herkunft wurden in einem sechsmonatigen Kurs über zehn Themen der Erziehung, Bildung und Gesundheit für ihre Arbeit qualifiziert. „Die Stadtteilmütter haben alle selbst Familie, daher geht es in der Ausbildung hauptsächlich darum, dass sie ihr eigenes Erziehungsverhalten reflektieren und eventuell noch bestehende Lücken aufgefüllt werden“, berichtet Abier Nasereddin, Projektkoordinatorin der Stadtteilmütter Neuköllns.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Ein gutes Beispiel ist das Thema Fernsehen. „Die meisten Mütter wissen, dass ihre Kinder zu viel fernsehen und sie wollen das ändern, wissen aber nicht wie“, schildert Abier Nasereddin das Problem. „Die Stadtteilmütter zeigen ihnen in den Gesprächen Möglichkeiten auf, mit der Situation umzugehen und sie in den Griff zu bekommen.“

Mundpropaganda ist das Wichtigste

Für die Stadtteilmütter ist der erste Besuch häufig der schwerste. „Man ist aufgeregt und muss sich gegenseitig erst mal kennenlernen“, berichtet Stadtteilmutter Leyla Daglar von ihren Erfahrungen. „Aber sobald ich anfangen, über die einzelnen Themen zu reden ist die Familie sehr interessiert und die Atmosphäre wird lockerer.“

Möglichkeiten, neue Familien für ihre Arbeit zu finden haben die Stadtteilmütter viele. „Wir machen für uns selbst Werbung“, weiß Stadtteilmutter Aida Shihab. „Wir sprechen Frauen im Bus, auf der Straße, beim Arzt, in Deutschkursen oder auf Spielplätzen an, also überall wo uns jemand begegnet, der Interesse an einer Hilfestellung haben könnten. Dann stellen wir uns und unsere Arbeit vor und die meisten Frauen sind sehr dankbar für diese Möglichkeit.“

Jeden Tag viele kleine Erfolge

Auch für die Frauen selbst hat die Arbeit als Stadtteilmutter eine große Bedeutung. „Die Frauen werden nicht nur von ihren Familien unterstützt, sondern sie erhalten auch sehr viel Anerkennung von außen“, bestätigt Abier Nasereddin. „Die Frauen nehmen ihre Arbeit auch wirklich sehr ernst, was dazu führt, dass sie jeden Tag in den einzelnen Familien viele kleine Erfolge erreichen“, erklärt Bürgermeister Heinz Buschkowsky.

Für die Abgeordneten der Kinderkommission war der Besuch in Neukölln sehr aufschlussreich. „Die Stadtteilmütter sind auf jeden Fall ein sehr unterstützenswertes Projekt, das auf Dauer eingerichtet und fest gefördert werden sollte“, ist sich Diana Golze, Die Linke, sicher. „Es würde sich auch für andere Städte mit ähnlichen Problemen eignen und von dem bemerkenswerten Engagement der Frauen kann man sich wirklich viel abschauen.“

2.1.3. Stellungnahme zum Thema „Frühe Hilfen“

Die Auswertung der Erkenntnisse aus der öffentlichen Anhörung und der Erfahrungen aus dem Besuch der Stadtteilmütter führte zur folgenden Stellungnahme der Kinderkommission, die an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Gesundheit sowie an die Ministerpräsidenten der Länder verteilt wurde:

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/26

Berlin, 26. Mai 2009

Ekin Deligöz, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages: „Frühe Hilfen ausbauen“

Die Zukunftsperspektiven unserer Kinder werden maßgeblich geprägt durch die Förder- und Bildungsangebote, die wir ihnen in frühen Jahren zuteil werden lassen.

Die Familie ist dabei die wichtigste Erziehungs- und Bildungsin-
stanz und Eltern sind die wichtigsten Partner im Bildungs- und
Erziehungsprozess von Kindern. Täglich arbeiten Eltern daran,
ihre Kinder zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten zu erzie-
hen. Eine beachtliche Leistung. Gelegentliche Überforderungssi-
tuationen und Hilflosigkeit gehören zur Normalität. Um ihrer
anspruchsvollen Erziehungs- und Bildungsaufgabe gerecht wer-
den zu können, brauchen Eltern Unterstützung - mal praktischer
Art, mal beratend.

Eltern wünschen sich Wissen, Orientierung und eigene Bildung,
die sie letztlich auch ihren Kindern vermitteln können.

Bisher wurden in Deutschland die Eltern tendenziell mit der
Verantwortung für ihre Kinder alleine gelassen. Der Staat trat
oftmals erst mit Beginn der Schulpflicht in Erscheinung. Mit dem
Tagesbetreuungsbaugesetz und dem Kinderförderungsgesetz
kommt eine einmalige Dynamik in den Bereich der Kinder-
betreuung und frühkindlichen Bildung. Öffentliche Angebote für
Kinder werden damit deutlich früher im Leben eines Kindes
präsent und unterstützen zugleich Eltern in ihrem privaten und
beruflichen Alltag.

Angebote für werdende Eltern und für Eltern mit noch sehr
kleinen Kindern bzw. Babys müssen weiter ausgebaut werden.
Eine familienfreundliche Gesellschaft muss früh durch Angebote
Präsenz zeigen und mit einem fachlich kompetenten und
personell gut ausgestatteten Jugendamt alle Eltern unterstützen.
Die aktuelle Dynamik im Bereich der Kindertagesbetreuung und
die Entstehung von immer mehr Mehrgenerationenhäusern darf
den Handlungsbedarf im Bereich der frühen Hilfen nicht in Ver-



gessenheit geraten lassen. Im Gegenteil, sie muss für die Entwicklung der frühen Hilfen genutzt werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass Experten eine immer größer werdende Zahl an Eltern mit Defiziten in der Erziehungskompetenz vorhersagen.

Diesem wachsenden Bedarf auf Seiten der Eltern steht in Deutschland jedoch eine sehr unterschiedliche Angebotslandschaft gegenüber. In die Kinder- und Jugendhilfe integrierte Angebote sind ebenso rar wie Angebote der öffentlichen Gesundheitshilfe. Auch die Ausstattung mit Beratungsstellen ist nicht ausreichend. Zudem fühlen sich von dem vorhandenen Angebot eher Eltern der Mittelschicht angesprochen. Frühe Hilfen müssen sich jedoch an alle Eltern richten.

Erfolgreiche Konzepte wie Elternbriefe, Geburtsbegrüßungsprogramme, Familienhebammen, Eltern-Kind-Zentren, Stadtteilmütter oder spezielle Hilfsangebote wie z.B. für Eltern von Schreikindern benötigen deutlich mehr Unterstützung, um sich flächendeckend zu etablieren. Wichtig ist ein Minimum an Angeboten, die sich an alle Eltern richten. Ein entscheidender Aspekt für die Akzeptanz der Angebote ist, dass diese nicht stigmatisierend sein dürfen. Dennoch muss es ergänzend spezialisierte Angebote geben, die sich an Eltern mit besonderen Problemlagen richten. Grundlage aller Angebote ist eine wertschätzende Haltung der Fachkräfte gegenüber den Eltern. Der Zugang zu den Familien und der Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung sind die entscheidenden Herausforderungen in der praktischen Arbeit. Viele Konzepte haben sich bewährt, weil die Fachkräfte auf die Eltern zugehen und sie nicht darauf warten, dass die Eltern auf sie zukommen. Dabei müssen nicht alle frühen Hilfen zwingend von Fachpersonal ausgehen. Beispielhafte Konzepte wie das der Stadtteilmütter aus Berlin-Neukölln zeigen, dass auch Ehrenamtliche nach einer Qualifizierungsmaßnahme mit ihren Kompetenzen viele Hilfestellungen geben können. Viele Eltern sind dankbar über alltagsnahe, praktische Hilfen. Es hat sich gezeigt, dass es bei den Eltern eine insgesamt große Akzeptanz für diese präventiven Angebote gibt. Doch haben Eltern vielfach nur wenige Informationen über bestehende Angebote. Mehr Transparenz für die Eltern ist daher ebenso notwendig wie eine deutlich verbesserte Kooperation zwischen den Disziplinen. Akteure, die für die Eltern eine Lotsenfunktion übernehmen oder auf Seiten der Anbieter verbindliche Formen der Kooperation und klar geregelte Verfahrenswege sind sehr hilfreich.

Experten bestätigen, dass es bei den Fachkräften aus den verschiedenen Bereichen einen weiteren Qualifizierungsbedarf gibt. Gerade Familien mit einem hohen Unterstützungsbedarf



brauchen aber verlässliche und kontinuierliche Hilfen. Ziel muss daher eine bessere, vernetzte und qualifizierte Angebotslandschaft mit einer verlässlichen Finanzierung der Anbieter von frühen Hilfen sein.

Ekin Deligöz, MdB

2.2. Elementarbildung – frühkindliche Förderung

Die Pisa-Studie hat drastisch vor Augen geführt, dass unser Bildungssystem Defizite aufweist. Dabei ist Bildung die entscheidende Ressource für die Zukunft unserer Kinder und damit für unsere Gesellschaft. Nach wie vor ist die soziale Herkunft mitbestimmend für die Bildungskarrieren unserer Kinder. Viele Kinder werden hinsichtlich ihrer Entwicklungschancen schon in frühestem Alter vernachlässigt. Die hieraus resultierenden Defizite können sie später nur schwer ausgleichen. Ein Teil der Versäumnisse ist ohne Zweifel im vorschulischen Bereich anzusiedeln. Daher führte die Kinderkommission hierzu ein Fachgespräch.

2.2.1. Expertengespräch zum Thema „Elementarbildung – frühkindliche Förderung“ mit Frau Kathrin Bock-Famulla (BertelsmannStiftung)

In der Sitzung am 22. April 2009 war Frau Kathrin Bock-Famulla von der BertelsmannStiftung zu Gast. Die BertelsmannStiftung hatte im Jahr 2008 den Länderreport „Frühkindliche Bildungssysteme“ veröffentlicht. Der Kinderkommission ging es vorrangig um Erkenntnisse zur Qualität der frühkindlichen Bildung insbesondere im Hinblick auf den forcierten Ausbau der Kindertagesbetreuung.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Frau Bock-Famulla berichtete, dass die Personalschlüssel in den einzelnen Bundesländern erheblich differieren. Die Landesgesetzgeber verlangten zwar die Ermöglichung von Verfügungszeiten für ErzieherInnen – Zeiten für Arbeiten, die nicht konkret mit dem Kind verbunden sind, wie Gespräche mit Eltern oder Schulen -, es fehlten aber die konkreten Vorgaben für deren Umfang. Auch hätten die Länder verbindliche Regelungen für die Kooperation mit den Grundschulen geschaffen, jedoch den Kindertageseinrichtungen hierfür meistens keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt. Es fehle sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene eine Gesamtstrategie.

Aus vielen internationalen Studien ergebe sich, dass die Qualität der pädagogischen Praxis Voraussetzung und Bedingung für die Realisierung von gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Effekten sei. Daher müsse ein quantitativer Ausbau immer mit einem qualitativen Ausbau einhergehen. Unbedingt erforderlich sei eine kontinuierliche Weiterqualifizierung der ErzieherInnen auch nach der Ausbildung. Für jede Kindertageseinrichtung müssten adäquate Rahmenbedingungen durch einheitliche Kernstandards und bedarfsorientierten Mitteleinsatz ermöglicht werden. So sei auch auf Bundesebene nach den Kernstandards, die für alle Kindertageseinrichtungen gelten sollen, zu fragen. Sie halte hier ein bundespolitisches Gesamtprogramm für erforderlich. Da die Finanzierung in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sei, stelle sich die Frage der Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Die Ausbildung des Personals sei sehr unterschiedlich, so dass im Hinblick auf die Bedeutung der Personalausstattung auch hier eine stärkere Einheitlichkeit angebracht wäre.

2.2.2. Stellungnahme zum Thema „Elementarbildung – Frühförderung“

Die Auswertung dieses Gesprächs mündete in der folgenden Stellungnahme:

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/27

Berlin, 3. Juni 2009

Ekin Deligöz, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Elementarbildung - frühkindliche Förderung“

Qualität in den Kindertageseinrichtungen verbessern

Bildung ist eine, wenn nicht die entscheidende Ressource für die Zukunft unserer Kinder und damit auch für unsere Gesellschaft. Durch die Pisa-Studie wurde uns vor Augen geführt, dass unser Bildungssystem Defizite aufweist. Die Herausforderung besteht nun darin, die Versäumnisse nachzuholen und das System zu reformieren bzw. wo nötig, auszubauen.

Kinder haben nicht erst mit dem Eintritt in die Schule ein Recht auf Bildung, sondern bereits ab ihrer Geburt. Gerade in der frühen Kindheit lernen Kinder sehr viel. Die Ausbildung ihrer Basiskompetenzen und der Einstieg in eine erfolgreiche Bildungsbiografie werden schon in frühen Kindesjahren geprägt. Versäumnisse in dieser Phase wiegen doppelt schwer.

In Armut aufzuwachsen bedeutet für Kinder und Jugendliche stark eingeschränkte Entwicklungschancen auf mehreren Ebenen und verschiedenen Lebensbereichen. Die negativen Effekte von Armut sind typischerweise umso gravierender, je länger die Kinder in Armut gelebt haben, und fallen umso stärker aus, je jünger die Kinder sind.



Traurige Realität ist leider immer noch, dass die soziale und ethnische Herkunft des Kindes seine Bildungschancen bestimmen.

Ein wichtiger Schritt zur Förderung benachteiligter Kinder besteht – neben der direkten Bekämpfung von Armut – darin, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie diesen Kindern gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und ihnen Lernanregungen und positive Erfahrungen vermittelt werden. Kindertageseinrichtungen als Orten frühkindlicher Bildung kommt eine besondere Rolle zu, da sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, ungerechte Startchancen von Kindern frühzeitig auszugleichen.

Frühkindliche Bildung, gerade in Kindertagesstätten und bei Tagesmüttern, heißt ganzheitliche Bildung. Dabei geht es nicht allein darum, Wissen anzueignen und Fertigkeiten auszubilden, die dem späteren schulischen und beruflichen Erfolg dienen. Frühkindliche Bildung schließt lernmethodische und soziale Kompetenzen ein und zielt auf die Förderung kindlicher Autonomie und sozialer Mitverantwortung.

Um die Bildungschancen für alle Kinder zu verbessern und zu sichern, ist die Qualität der Angebote von entscheidender Bedeutung. Doch gerade die Qualität im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung weist in den 16 Bundesländern deutliche Unterschiede auf. Für alle gilt, dass der Personalschlüssel ein wichtiges Kriterium für die Qualität von Kindertageseinrichtungen ist. Der Personaleinsatz pro Kind unter drei Jahren weist im Bundesländervergleich aber eine Spannweite von 1:4 bis 1:8 auf. Eine flächendeckende und vor allem angemessene frühkindliche Bildung und Förderung ist unter diesen Bedingungen nur schwer umzusetzen.

Wissenschaftler empfehlen ein Verhältnis von 1:3. Damit hängen



die Bildungschancen gerade für kleine Kinder sehr stark davon ab, in welchem Bundesland sie geboren werden. Verbesserungen bei der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern sind notwendig. Gemessen an der gestiegenen Komplexität ihrer Aufgaben, erscheint das Ausbildungsniveau verbesserungswürdig. Es ist zu begrüßen, dass hier verschiedene Reformansätze – bis hin zur Einrichtung von Hochschul- und Fachhochschulzweigen – verfolgt werden. Deren Umsetzung sollte allerdings forciert werden.

Verantwortungsvolle Politik muss jedoch allen Kindern frühe Bildungserfahrungen und -chancen ermöglichen. Daher müssen ausreichend Kinderbetreuungsangebote in guter Qualität bundesweit zur Verfügung stehen. Um frühkindliche Bildung und Betreuung zu ermöglichen, spricht sich die Kinderkommission für eine bundeseinheitliche Regelung von qualitativen Mindeststandards (beispielsweise Personalschlüssel) in der Kindertagesbetreuung aus. Nur so können Kindertageseinrichtungen ihren Bildungsauftrag umsetzen sowie gerechte Startchancen und gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Kinder erreicht werden. Die Kinderkommission regt daher an, zu prüfen, inwieweit qualitative Mindeststandards im Kinder- und Jugendhilferecht verankert werden können und fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern dahingehende Regelungen zu vereinbaren.

Ekin Deligöz, MdB

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Diese Stellungnahme wurde an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie die Landesvertretungen verteilt.

2.3. Kinder und Ernährung/Verbraucherschutz

Die körperliche, kognitive und seelische Entwicklung von Kindern wird entscheidend durch ihr Ernährungsverhalten geprägt. Schädliche Essgewohnheiten und die Entwicklung von Essstörungen bei immer jüngeren Kindern nehmen weiter zu. Besonders alarmierend ist die immer größer werdende Bewegungsarmut. Der Alltag vieler Kinder ist durch unregelmäßige Mahlzeiten, unausgewogenes Essen und sitzende Freizeittätigkeiten geprägt. Wichtig ist daher die Aufklärung und Information von Eltern und Kindern über gesunde Ernährung ebenso wie die Unterstützung von Maßnahmen und Projekten zur Einbindung gesunder Ernährung in den Alltag, also in Kitas, Schulen, Vereinen, bei Veranstaltungen und in den Medien. Die Stärkung der Elternkompetenzen im Bereich gesunder Ernährung spielt eine große Rolle, ebenso wie die Schaffung von Freizeitangeboten vor Ort zur Förderung der motorischen Fähigkeiten und Bewegungsmöglichkeiten. Um sich insbesondere über die Hilfemöglichkeiten bei Adipositas zu informieren, führte die Kinderkommission ein Fachgespräch und nahm an einer Elternsprechstunde bzw. einem gemeinsamen Kochen mit den betroffenen Kindern teil.

2.3.1. Expertengespräch zum Thema „Kinder und gesunde Ernährung“ mit Frau Dr. Susanna Wiegand (Charité-Kinderklinik) und Herrn Raimund Schmid (Kindernetzwerk)

In dem Fachgespräch in der Sitzung am 27. Mai 2009 mit Frau Dr. Susanna Wiegand von der Charité-Kinderklinik und Herrn Raimund Schmid vom Kindernetzwerk ging es um den Zusammenhang zwischen Fehlernährung und Schichtzugehörigkeit, familiären Hintergrund und Essverhalten in der Familie.

Beide Experten waren übereinstimmend der Auffassung, dass ohne eine Beteiligung der Eltern eine erfolgreiche Behandlung der Kinder nicht möglich sei. Das

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Therapie team müsse multiprofessionell zusammengesetzt sein und das Therapieprogramm müsse neben Ernährung und Bewegung die psychosozialen Faktoren gleichwertig berücksichtigen. Aussagen zum Erfolg dieser Therapien seien schwierig. Schätzungsweise könne ein Drittel der Kinder ihr Gewicht reduzieren, ein zweites Drittel könne es zumindest halten und das letzte Drittel bleibe erfolglos. Das seien in der Regel Kinder aus Familien mit einer komplexen psychosozialen Problematik.

Je niedriger der Bildungsabschluss sei, desto stärker sei das Übergewicht. Hier gebe es zwischen deutschen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund keine Unterschiede. Bei Eltern mit guter Schulbildung seien allerdings die Kinder mit Migrationshintergrund deutlich adipöser als die deutschen Kinder. Dafür gebe es kulturelle und möglicherweise genetische Gründe. Bei Migrantenfamilien käme es häufig zu einer Fehlwahrnehmung des Ernährungszustandes, da „kräftige“ Kinder als gesund angesehen werden. In vielen Familien gebe es keine Frühstückstradition und wenn dann auch die Schulverpflegung entfalle, fingen die Kinder am Nachmittag mit Heißhunger ein Daueressen bis zum Abend an, das meistens mit Medienkonsum verbunden sei. Diese Alltagsstruktur sei für viele Familien ein großes Problem.

Es gebe viele Projekte, die aber an der Basis nur bedingt ankämen. Die Angebote seien nicht niedrigschwellig genug und sie seien nicht in die Strukturen vor Ort, z.B. in die Sportvereine, eingebunden. Kinder und Jugendliche seien am ehesten über das Internet und das Fernsehen anzusprechen. Hier sollte es mehr Programme geben, in denen sich die Kinder gegenseitig beraten und unterstützen können. Es fehle auch Ernährungslehre als Schulfach. Bei der Mittagsverpflegung an den Ganztagschulen gebe es zwar eine positive Entwicklung, dennoch erreiche man auch hier nur bedingt die Kinder, um die es gehe. Zum einen seien die Kosten für viele Familien zu hoch und zum anderen sei das Essensangebot für Migrantenfamilien oft nicht akzeptabel. In den Schulen müsse es ein kostenfreies Mittagessen geben.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

2.3.2. Kochen mit Kindern in der Charité-Kinderklinik

Am 17. Juni 2009 besuchte die Kinderkommission die Adipositasprechstunde der Charité. Hierzu lud die Kinderkommission mit der folgenden Pressemitteilung ein:



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

„Nachmittags hungrig und allein zu Hause“ – Die Kinderkommission kocht gemeinsam mit Kindern in der Adipositasprechstunde der Charité

Berlin, 15. Juni 2009

Herausgeber:
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, den 17. Juni 2009 ab 15.00 Uhr

Ort: Sozialpädiatrisches Zentrum für chronisch kranke Kinder
auf dem Campus Virchow-Klinik, Augustenburger Platz 1,
13353 Berlin, Mittelallee 8

Die Kinderkommission befasst sich derzeit schwerpunktmäßig mit dem Thema „Gesunde Ernährung für Kinder“. Nach einem Expertengespräch in der vergangenen Sitzung, verschaffen sich die Kommissionsmitglieder nun einen Einblick in das Behandlungskonzept der Charité. Dazu werden die Abgeordneten gemeinsam mit den Kindern kochen und an einer Elternschulung teilnehmen.

Mit dem Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KIGGS) und dem 13. Kinder- und Jugendbericht liegt eine umfassende Datenbasis zur gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen vor. Ein Ergebnis davon ist, dass Störungen im Essverhalten und schädliche Essgewohnheiten bei Kindern und Jugendlichen immer mehr zu nehmen. Der Alltag vieler Kinder ist durch unregelmäßige Mahlzeiten und unausgewogenes Essen gekennzeichnet. Sowohl bei der Entstehung als auch bei der Behandlung von Essstörungen haben Eltern eine zentrale Bedeutung. Sie geben ihrem Nachwuchs nicht nur ihre Veranlagung weiter, sondern sind die wichtigsten Vorbilder mit ihrem Ess- und Bewegungsverhalten.

Das Behandlungskonzept BABELUGA der Charité ist ein Therapie-Programm, das aus verschiedenen Diagnostik- und Therapie-Modulen besteht. Langfristiges Ziel der Therapie ist das Erreichen des altersentsprechenden Normalgewichts und gegebenenfalls zusätzlich die Behandlung von Folgeerkrankungen der Adipositas (z.B. Bluthochdruck, Zuckerkrankheit, Essstörungen).

Pressevertreter sind herzlich eingeladen!

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Auf Bundestag.de erschien hierzu folgender Artikel:

"Man muss wissen, was man isst"

Kinderkommission zu Gast in der Adipositas-Sprechstunde der Charité



Miriam Gruß und Ekin Deligöz in der Berliner Charité © DBT/photothek

Jede Schule soll mehrere Wasserspender bekommen und für die Kinder in den Pausen ein reichhaltiges Obstbuffet bereithalten. So stellt sich die Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestages, Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen), gesunde Ernährung für Kinder und Jugendliche während der Schulzeit vor. Schon jetzt gilt jedes sechste Kind in Deutschland bei Schulbeginn als übergewichtig. Jeder zwölfte Jugendliche ist sogar sehr stark übergewichtig. Bei den Erwachsenen bringen 70 Prozent der Männer und 50 Prozent der Frauen zu viele Pfunde auf die Waage. Und der Trend ist steigend. Das Wichtigste ist aber: Gewichtsprobleme bleiben nicht ohne gesundheitliche Folgen. Diabetes und Stoffwechselerkrankungen werden heute schon bei Kindern diagnostiziert. "Eines der größten Gesundheitsrisiken des 21. Jahrhunderts ist Adipositas", unterstreicht die Grünen-Abgeordnete Deligöz am Mittwoch, 17. Juni 2009, beim Besuch der Adipositas-Sprechstunde im Berliner Klinikum Charité. Hier betreuen Kinderärzte, Psychologen und Ernährungsberater stark übergewichtige Kinder. Ziel ist es, Eltern und Kindern ein Bewusstsein für gesunde Ernährung zu vermitteln.

"Politik muss Rahmenbedingungen setzen"

Deligöz sieht auch die Politik in der Pflicht. So setzt sich die Kinderkommission beispielsweise für eine eindeutige Kennzeichnung von Lebensmitteln ein. "Man muss wissen, was man isst", sagt die Grünen-Politikerin. Ihre Abgeordnetenkollegin von der FDP, Miriam Gruß, betont, wie eng der Zusammenhang zwischen guter Bildung und gesunder Ernährung ist. Ihr geht es vor allem um Prävention, damit gar nicht erst Erkrankungen als Folge von ungesunder Ernährung entstehen. "Da muss die Politik die Rahmenbedingungen setzen", verlangt Gruß.

Oft kämen die Kinder nachmittags nach der Schule hungrig nach Hause, erklärt die Leiterin der Sprechstunde, Dr. Susanna Wiegand. In diesem Moment griffen sie denn zu fast food, Softdrinks und Schokoriegeln. Hier in der Sprechstunde lernten die Kinder zusammen mit

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

ihren Eltern, wie gesunde und leckere Mahlzeiten zubereitet werden. "Die Kinder sollen keine Diät machen", sagt Wiegand. "Wenn sie sich gesund ernähren, nehmen sie von ganz allein ab."

"Bildungsstand spielt eine große Rolle"

Oft hätten stark übergewichtige Kinder eine Vielzahl von Problemen, berichtet Wiegand von ihren Erfahrungen aus der Adipositasprechstunde. Sie fühlten sich isoliert, seien teilweise Schulverweigerer und hätten keine Freizeitinteressen. "Der Bildungsstand der Familie spielt eine große Rolle", sagt sie.

Mehr als die Hälfte der kleinen Patienten kommen aus Familien mit Migrationshintergrund. Auch kulturelle Unterschiede seien entscheidend. So gebe es beispielsweise für muslimische Mädchen keine Tradition, Sport zu treiben. Auch da will die Kinderärztin in der Sprechstunde ansetzen. Bevor es zum Kochen geht, steht deshalb erst einmal Bewegung auf dem Therapieplan.

2.3.3. Stellungnahme zum Thema „Gesunde Ernährung“

Die Erkenntnisse aus dem Fachgespräch und die in der Charité-Kinderklinik gewonnenen Erfahrungen führten zu der folgenden Stellungnahme, die sowohl an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Gesundheit und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz als auch an die Ministerpräsidenten der Länder verteilt wurde:

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/31

Berlin, 6. Juli 2009

Ekin Deligöz, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme Gesunde Ernährung

Mit dem Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KIGGS) und dem 13. Kinder- und Jugendbericht liegen aktuelle und repräsentative Daten zur gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen in Deutschland vor. Als großes Problemfeld haben sich dort Störungen im Essverhalten herauskristallisiert. Aus diesem Grund hat sich die Kinderkommission mit diesem Thema intensiv beschäftigt.

Übergewicht und die sogenannte Fettleibigkeit (Adipositas) stellen eines der größten gesundheitlichen Risiken im 21. Jahrhundert dar. Mehr als jedes sechste Kind ist übergewichtig. Adipös ist jedes 16. Kind im Grundschulalter sowie jeder 12. Jugendliche ab 14 Jahren. Adipositas hat sowohl genetische als auch ernährungsphysiologische Ursachen. Die in den letzten Jahren angestiegenen Zahlen sind auch durch die veränderten Lebensbedingungen von Kindern erklärbar. Kinder bewegen sich im Alltag immer weniger, verbringen immer mehr Freizeit vor dem Fernseher und dem Computer, sie trinken mehr Zuckerhaltiges und essen mehr salzige und fetthaltige Snacks.

Sowohl bei der Entstehung als auch bei der Behandlung von Essstörungen haben Eltern eine zentrale Bedeutung: Eltern geben ihrem Nachwuchs nicht nur ihre Veranlagung weiter, sondern sie sind die wichtigsten Vorbilder mit ihrem Ess- und Bewegungsverhalten. Sie sollten sich dieser Rolle bewusst sein und auf die Ernährungsgewohnheiten und körperlichen Aktivitäten ihrer Kinder durch eigenes Vorleben positiven Einfluss nehmen.



Essstörungen entstehen demnach in einer komplexen Wechselwirkung zwischen biologischen, psychosozialen und soziokulturellen Faktoren. Daher bedarf es komplexer Antworten. Einfache Informationskampagnen und Aufklärung allein reichen nicht. Der Alltag und die Realität der Menschen müssen beachtet, die Ursachen müssen angegangen werden.

Zahlreiche wissenschaftliche Studien haben aufgezeigt, dass zwischen Gesundheit und sozialer Ungleichheit ein enger Zusammenhang besteht. Kinderarmut wirkt sich langfristig und im weiteren Lebensverlauf negativ auf die Gesundheit aus. Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen, mit niedrigem Bildungsgrad und Kinder mit Migrationshintergrund weisen u. a. ein höheres Risiko für Übergewicht und Adipositas auf. Auch sind sie häufiger von psychischen Problemen betroffen.

Ein großer Teil der sozial bedingten gesundheitlichen Ungleichheit erklärt sich allein aus der sozialen Position. Deshalb ist eine gesundheitsförderliche Gesamtpolitik zu entwickeln, um die sozial bedingte Ungleichheit der Gesundheitschancen verringern zu können. Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Bildungs-, Sozial-, Kinder-, Familien-, Wohnungsbau- und Umweltpolitik müssen hierfür Hand in Hand arbeiten.

Darüber hinaus sind Gesundheitsförderung und Prävention flächendeckend und dauerhaft zu verankern. Die Lebens- und Sozialkompetenz kann gefördert und Menschen bereits in jungen Lebensjahren gestärkt werden, damit sie angemessen auf psychische Belastungen und Anforderungen reagieren können. Erforderlich ist, lebensweltorientierte Ansätze zu stärken. Damit werden die Menschen in ihrem Lebensumfeld erreicht, also dort, wo sie leben, spielen, lernen und arbeiten. Darüber hinaus sollten die Ansätze darauf zielen, das Lebensumfeld der Menschen zu verändern. Partizipation gilt als Schlüsselgröße der Prävention: Die Menschen sind daher aktiv an der Planung und Umsetzung der Angebote vor Ort zu beteiligen. Damit diese Ziele erreicht werden, bedarf es eines Präventionsgesetzes.



Essen ist ein soziokultureller Prozess, der durch Familie, Freunde und Bekannte bestimmt wird. Der Alltag vieler Kinder ist jedoch durch unregelmäßige Mahlzeiten und unausgewogenes Essen gekennzeichnet. Gemeinsames Essen mit der Familie ist seltener, alleine Essen vor dem Fernseher ist normaler geworden. Je älter das Kind wird, desto mehr verlagert sich das Essen weg von der Familie hin zu Tageseinrichtungen. Jedes zehnte Kind zwischen drei und 14 Jahren nimmt seine Mittagsmahlzeit in einer Tageseinrichtung ein. Besonders Kinder mit den beiden Risikofaktoren für eine Adipositas, Migration und Bildungsferne werden aber oftmals mit dem institutionalisierten Essen in den Tageseinrichtungen nicht erreicht.

Um alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu erreichen, befürwortet die Kinderkommission deshalb, Fragen der Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung deutlicher in den Schulalltag zu integrieren. Gesundheit muss kontinuierlich im Lebensalltag gefördert und nicht als etwas „zusätzliches“ betrachtet werden. Das beinhaltet insbesondere die Forderung nach einer gesunden, wohlschmeckenden und kostenfreien Mittagsverpflegung an den Schulen. Anzuregen wäre auch das Aufstellen von kostenlosen Wasserspendern im Schulgebäude, da gerade kalorienreiche Softdrinks, die oft in Schulen an Automaten oder in der Cafeteria angeboten werden, sich negativ auf die Energiebilanz von Kindern auswirken. Alle Maßnahme sollten pädagogisch begleitet werden.

Für Eltern ist es nicht immer leicht, ihre Kinder gesund zu ernähren. Die Werbung preist angeblich gesundheitlich wertvolle Nahrungsmittel und Getränke für Kinder an und die Kaufentscheidung wird durch mangelnde Transparenz der Inhaltsstoffe schwierig gemacht. Die Kinderkommission spricht sich deswegen für eine einfache, verständliche und bundesweit verbindliche Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln aus, die auf einen Blick sichtbar macht, wie viel Zucker, Fett oder Salz ein Produkt enthält.

Für adipöse Kinder fordert die Kinderkommission zudem die Einrichtung von sicheren und kompetenten Strukturen für die Therapie und Beratung. Es werden wohnortnahe und niederschwellige Angebote benötigt, die die Selbstwirksamkeit der Familien stärken. Adipositas ist eine



chronische Erkrankung, die Risiken für weitere ernsthafte Erkrankungen in sich birgt.

Genauso belastend wie die körperlichen Risiken sind für die Betroffenen mangelndes Selbstwertgefühl, das auch durch Hänseleien im Kindergarten oder in der Schule verursacht wird. Auch in Sportvereinen finden übergewichtige Kinder selten Bestätigung und Freude, da die Angebote dort zumeist leistungsorientiert sind. Anstatt sich mehr zu bewegen, Spaß zu haben und Bestätigung zu erfahren, ziehen sich diese Kinder vermehrt aus sozialen Beziehungen zurück. Um die Lebensqualität von adipösen Kindern zu erhöhen, fordert die Kinderkommission deswegen alters- und zielgruppenspezifische Sportangebote und speziell ausgebildete Trainer sowie ausreichende und individuelle Möglichkeiten für Sport und Bewegung in Freizeit und Schule für alle Kinder und Jugendliche.

Ekin Deligöz, MdB

3. Weitere Beratungsthemen

3.1. Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Ausbeutung

Mitglieder der Kinderkommission hatten an der 3. Weltkonferenz gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen vom 25. bis 28. November 2008 in Rio de Janeiro teilgenommen. Zur Umsetzung der dortigen Ergebnisse im weiteren „Aktionsplan der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Ausbeutung“ fand am 25. und 26. März 2009 eine nationale Konferenz in

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Berlin statt. Am 22. Januar 2009 trafen sich Mitglieder der Kinderkommission mit Frau Marta Santos Pais, Leiterin des Unicef-Forschungszentrums Innocenti in Florenz, um die Eindrücke aus der Rio-Konferenz auszutauschen und die Schwerpunktsetzung für diese nationale Nachfolgekonzferenz zu erörtern. Die Kinderkommission beteiligte sich auch an einem Vorbereitungstreffen der Nichtregierungsorganisationen ecpat und save the children am 23. Januar 2009.

Zur Vorbereitung der nationalen Konferenz waren Staatssekretär Gerd Hoofe und Abteilungsleiterin Dr. Annette Niederfranke vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 11. Februar 2009 zu einem Gespräch in die Kinderkommission eingeladen. Gemeinsam wurden die wichtigsten Themen des Eckpunktepapiers zum Aktionsplan besprochen, zu dem die Kommissionsmitglieder zahlreiche Anregungen beisteuerten.

In der Sitzung der Kinderkommission am 11. Februar 2009 wurden mit Frau Dammermann von save the children die Schwerpunktthemen für die nationale Nachfolgekonzferenz besprochen. Wichtig war allen die Beteiligung von Jugendlichen an dieser Konferenz.

Auf der nationalen Nachfolgekonzferenz am 25. und 26. März 2009 hielt die Vorsitzende nach der Eröffnungsansprache von Bundesministerin Ursula von der Leyen die folgende Rede:

„Ich danke Ihnen, dass ich heute als Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages hier sprechen darf.

Mein Dank gilt auch der Bundesfamilienministerin und dem Ministerium für die konstruktive Zusammenarbeit mit der Kinderkommission während und nach der Konferenz in Rio.

Ich freue mich, dass wir, die Kinderkommission, tatkräftig als politische Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg, agieren können.

Die Teilnahme an der Konferenz in Rio hat mich tief beeindruckt.

Ich muss sagen, wir als deutsche Delegation haben in wichtigen Punkten die Agenda ganz wesentlich bestimmt und gestaltet. Vor allem das Zusatzdokument der europäischen Staaten trägt eine deutsche Handschrift.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

In Rio haben wir Bilanz gezogen – wie weltweit Programme und Abkommen umgesetzt werden. Welchen Herausforderungen wir begegnen und welche Antworten wir noch finden müssen.

Es wurde in den vergangenen Jahren viel geschafft.

Seit 20 Jahren gibt es Bemühungen auf internationaler Ebene. Ich nenne hier lediglich

- 1996 erster Weltkongress gegen kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern, Stockholm
- 2001 zweiter Weltkongress ..., Yokohama

In Deutschland gab es vor fünf Jahren (rot-grün) den ersten „Aktionsplan der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung“.

Ja, es ist einiges erreicht worden.

Ich glaube aber auch: wir hätten mehr erreichen können!

Zu oft wurde der Blick auf die Kinder und das Problem sexueller Gewalt und Ausbeutung durch tagespolitische Reibereien oder Fraktionszwang verstellt. Beispielsweise bei der Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Deutschland.

Die Bilanz des Aktionsplans von 2003 ist auch bestimmt von der Kassenlage in Bund, Ländern und Kommunen. Viele Strukturen wurden finanziell nicht hinreichend unterstützt, gute Ideen nicht weitergeführt. Letztlich wurden viele Angebote nur durch das Engagement und die Leidenschaft der Menschen vor Ort am Leben erhalten. Einige von Ihnen sehe ich auch hier in den Reihen vor mir. Vielen Dank!

Aber ich wäre nicht hier, wenn ich nicht glauben würde, dass wir vorwärts kommen. Die Tatsache, dass wir hier alle zusammengekommen sind, zeigt - das Thema ist wichtig und wir sind bereit, gemeinsam konkret daran zu arbeiten.

Nun gilt es, den Blick weiter nach vorne zu richten. Wir werden die Fäden des ersten Nationalen Aktionsplans wieder aufnehmen.

Darüber bin ich froh. Das halte ich aber auch für dringend erforderlich.

Die Weiterführung unserer Anstrengungen in dem neuen Aktionsplan liegt mir sehr am Herzen. Dieser Prozess muss offen, mutig und überlegt vollzogen werden.

Wir stehen vor weltweit neuen Herausforderungen.

Kinderprostitution, Kinderhandel und Kinderpornographie haben sich zu einem riesigen Markt mit mehreren Millionen Opfern entwickelt. Bis heute gibt es keine genauen Zahlen über das tatsächliche Ausmaß der kommerziellen Ausbeutung von Heranwachsenden. ECPAT und Unicef schätzen den Umsatz mit Kinderprostitution und Kinderpornografie auf zwölf Milliarden US-Dollar im Jahr!

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Verändert haben sich auch die Handlungsfelder. Sexueller Missbrauch hält sich nicht an Grenzen und ist daher kein allein nationales Handlungsfeld. Neben dem Sextourismus rücken verstärkt die neuen Medien ins Bewusstsein.

Wie können wir in den neuen Medien, im Internet einen wirkungsvollen Schutz für Kinder vor sexueller Ausbeutung etablieren? Diese Frage bewegt die Gemüter heute ganz unmittelbar.

Sich vorschnell auf die Internetsperren als Hauptakzent im Kampf gegen sexuellen Missbrauch und Ausbeutung zu kaprizieren, halte ich nicht für richtig.

Das Heilsversprechen ist so einfach nicht einzulösen. Jenseits der Frage, welche Inhalte als nächstes gesperrt werden könnten, wenn wir diesen Weg einmal beschreiten. Auch unabhängig davon, wie wir das technisch umsetzen.

Das will ich hier gar nicht diskutieren.

Ich möchte einiges zu bedenken geben:

Mit den Internetsperren werden wir den Handel mit Kinderpornographischen Inhalten nicht zum Erliegen bringen.

Mit diesen Sperren allein werden wir Kinder nicht davor bewahren, missbraucht zu werden.

Mit diesen Sperren helfen wir traumatisierten Kindern und Jugendlichen nicht, den Weg ins Leben zurückzufinden.

Mit diesen Sperren allein sind die Täter nicht gefasst.

Das Internet erleichtert es natürlich den Tätern, Pornografie zu verbreiten und damit Millionengeschäfte zu machen. Denn das Internet verspricht Anonymität. Die Ermittlungen und Strafverfolgungen waren hier in den letzten Jahren sehr erfolgreich. Eben deshalb hat sich die Kommunikation der Täter auch auf andere Bereiche (file-sharing, peer to peer etc.) verlagert.

Aber auch ich sage: Es gibt gute Gründe, - die besten – Internetsperren gegen Kinderpornographie zu installieren. Kinderpornografie fügt den betroffenen Kindern schwerste Verletzungen zu und traumatisiert sie oftmals fürs Leben. Das dürfen wir nicht zulassen!

Klar ist: als Staat müssen wir handeln.

Wir müssen zeigen, dass wir Kinderpornographie und Ausbeutung nicht dulden. Auch wenn wir damit nicht alle Probleme lösen, es hat eine Signalwirkung – für die Gesellschaft und für die Täter. Das Internet kann und darf kein rechtsfreier Raum sein. Wir brauchen jedoch eine saubere gesetzliche Lösung.

Jenseits dessen - und das ist der große Bogen - brauchen wir im Kampf gegen sexuelle Ausbeutung und Missbrauch von Kindern eine differenzierte Strategie, keine eindimensionalen Absichtserklärungen!

Wir müssen auf verschiedenen Ebenen ansetzen, um dieses komplexe Problem zu lösen!

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Vorrang haben müssen

- die Aufdeckung und Vermeidung von sexuellem Missbrauch und Ausbeutung,
- die gleichzeitige Identifizierung der Opfer, deren Schutz und Rehabilitation
- die Strafverfolgung der Täter und ihrer Netzwerke.

Gerade im internationalen Kontext, aber auch Deutschland macht hier keine Ausnahme, ist zu sehen, dass sexuelle Ausbeutung von Kindern vor dem Hintergrund von Armut, mangelnder Bildung und Gewalt gesehen werden muss.

Auch darauf müssen wir bessere Antworten finden als bisher.

Wir müssen stärker vernetzten und kooperieren.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt auch, verlässliche Strukturen und best practice sind ein Gewinn für alle!

Was uns aber auch noch fehlt oder wo wir in jedem Fall mehr tun sollten, ist die Forschung. Was wissen wir denn über die Täter?

Wir wissen zu wenig über die über Täter, Opfer und über die Formen des Missbrauchs und dessen kommerzielle Verbreitung.

Wichtig ist daher in der Tat die Frage, wie man diesem Markt den Nährboden entzieht und wie man z.B. in den Geldtransfer eingreift. Ein möglicher Ansatzpunkt sind hier die Kreditkarten, mit denen diese abscheulichen „Dienstleistungen und Produkte“ z.T. ganz selbstverständlich bezahlt werden. Ich begrüße hier auch die Initiativen von Seiten der EU.

Für die Opfer und ihr soziales Umfeld ist eine gute Betreuung unerlässlich. Die Überwindung des Traumas braucht gut geschultes Personal auf allen Ebenen. Das betrifft sicherlich die Menschen, die in den Opferberatungsstellen tätig sind, aber auch Polizei- und Justizbeamte, Lehrer, Erzieher und Ärzte.

Bei allem, was wir gegen sexuellen Missbrauch und Ausbeutung tun, ist eines zentral: wir müssen zuhören, Kinder und Jugendliche ernst nehmen. Jedes Kind hat ein Recht darauf, gehört zu werden.

Das heißt auch für Deutschland, Kinderrechte müssen ins Grundgesetz! Das Grundgesetz ist von Erwachsenen für Erwachsene konzipiert - es vermittelt nicht den Eindruck, dass Kinder eigenständige Rechtsträger sind. Zu dieser Erkenntnis bedurfte es einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

Wir feiern 60 Jahre Menschenrechte – mit den Kinderrechten ins Grundgesetz muss nun ein neues Kapitel beginnen.

Die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung wäre ein klares Zeichen an Staat und Gesellschaft, dass Kinder in den Mittelpunkt gehören und auch wirklich als eigenständige Persönlichkeiten wahrzunehmen sind. Damit uns dies gelingt, brauchen wir dieses gesellschaftliche Bekenntnis: Kindern soll in unserer Gesellschaft der Stellenwert eingeräumt werden, den sie verdienen!

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Zuhören ist die eine Seite – einbeziehen, auf Augenhöhe wahrnehmen, als Experten in eigener Sache agieren lassen, ist die andere.

Die kindliche Perspektive und Sicht einzubeziehen, ihre Vorschläge und Ansichten aufzunehmen, ist mir ein besonderes Anliegen.

Das gilt auch für den Prozess der Erstellung des Aktionsplans in Deutschland. Es ist wichtig, dass wir Kinder und Jugendliche als Gesprächspartner auf Augenhöhe Ernst nehmen.

Mit ecpat haben wir hier gerade die Organisation am Tisch, die in Rio - ich freue mich, auch hier die Jugendlichen begrüßen zu dürfen - die Jugendbeteiligung koordiniert hat.

Das muss ich sagen, das hat mich in Rio bewegt: Neben den Delegationen mit Vertreter(innen) aus Parlamenten, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen haben 300 Jugendliche aus aller Welt an dem Kongress teilgenommen. Sie haben ihre Sicht der Dinge vertreten und Forderungen formuliert. Sie haben ihr Recht auf Partizipation mit Leben erfüllt.

Dort hat ein Mädchen aus Thailand auch gesagt „Ihr Erwachsenen redet immer davon, wir Kinder wären die Zukunft. Ich aber brauche erst einmal eine Gegenwart!“

Lassen Sie dies zu unserem Leitspruch für diese Konferenz machen: Handeln für die Gegenwart unserer Kinder!“



Im Rahmen dieser Konferenz beteiligten sich Kommissionsmitglieder an Workshops. Zum Abschluss der Konferenz nutzten sie die Gelegenheit, in der Podiumsdiskussion ihre Erfahrungen aus der Rio-Konferenz und ihre daraus resultierenden Forderungen für den Aktionsplan der Bundesregierung darzustellen.

3.2. Kinder und Medien

Die Kinderkommission hat sich auch während dieser Vorsitzzeit mehrfach mit den Medien beschäftigt. Ein aktueller Anlass war die RTL- Sendung „Erwachsen auf Probe“. Ein weiterer aktueller Anlass ergab sich aus dem Erfordernis des 12. Rundfunkänderungsvertrages, alle Telemedienangebote von ARD und ZDF in einem Drei-Stufen-Test zu überprüfen. Hier hat sich die Kinderkommission konkret mit dem Angebot des Kinderkanals befasst.

3.2.1. RTL-Sendung „Erwachsen auf Probe“

Die RTL-Sendung „Erwachsen auf Probe“ sorgte im Frühsommer 2009 für negative Schlagzeilen. Die Kinderkommission veröffentlichte hierzu die folgende Pressemitteilung:



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

**Kinderkommission gegen RTL-Sendung „Eltern auf Probe“:
„Kinder sind keine Versuchskaninchen!“**

Berlin, 14. Mai 2009

Herausgeber:
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
prescereferat@bundestag.de

Anlässlich der bevorstehenden Erstausstrahlung der Doku-Serie „Eltern auf Probe“ durch RTL erklärt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages:

„RTL instrumentalisiert in diesem Sendeformat Kinder in unverantwortlicher Weise. Die Produzenten dieser Sendung setzen insbesondere kleine Kinder bewusst existenziellen Ängsten aus und nehmen die seelische Gefährdung der Kinder billigend in Kauf. Das Kindeswohl ist selbst durch psychologische Betreuung im Umfeld nicht gesichert. Auch unter dem Vorsatz, jugendlichen Paaren den Start ins Familienleben darstellen und erleichtern zu wollen, darf man für dieses Ziel nicht das Wohl und die Entwicklung von Kleinstkindern aufs Spiel setzen.

Wir fordern RTL dringend auf, die Serie ‚Eltern auf Probe‘ nicht auszustrahlen und keine weiteren, die Entwicklung der Kinder gefährdenden, gleich gearteten Sendungen mehr zu produzieren.

In der achteiligen Dokumentation, die am 3. Juni startet, werden Säuglinge und Kleinkinder von ihren Eltern getrennt und für die Dauer von rund vier Tagen in die Obhut von Teenagern gegeben, die den Umgang mit Babys bzw. Kindern ‚auf Probe‘ lernen sollen.“

Die Kinderkommission griff diese Thematik auch grundsätzlich auf und wandte sich an den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann u.a. mit der Anregung der Einrichtung eines Ethikbeirates. Hierzu gab sie die folgende Pressemitteilung heraus:



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission für die Stärkung des Schutzes von Kleinstkindern bei der Mitwirkung an Medienproduktionen

Berlin, 23. Juni 2009

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

In den vergangenen Jahren häufen sich Medienformate, die bewusst auf eine Verletzung der Menschenrechte setzen, um Einschaltquoten zu erzielen. Öffentliche Proteste – wie im jüngsten Beispiel der RTL-Produktion „Erwachsen auf Probe“ – konnten die Ausstrahlung dieser Sendungen nicht stoppen.

Für die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ist dieses Ergebnis außerordentlich unbefriedigend. Die Kinderkommission hat sich bereits in der Vergangenheit für eine Stärkung des Schutzes von Kleinstkindern und Säuglingen bei der Mitwirkung an Medienproduktionen ausgesprochen. Sie hält eine Überprüfung des Jugendarbeitsschutzes in Medien für Kinder unter drei Jahren für erforderlich.

Da zu befürchten ist, dass auch in Zukunft vergleichbare Sendungen gesendet werden, regt die Kinderkommission die Einrichtung eines Ethikbeirates für die Produktion von Rundfunksendungen an. Ekin Deligöz, die Vorsitzende der Kinderkommission, erklärt: „Wir wollen die Grundsatzdebatte, was Fernsehformate dürfen und was nicht, weiterführen. Es muss uns gelingen ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Kinder Rechte haben und dass auch das Privatfernsehen eine moralische Verantwortung trägt“.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

3.2.2. Kinderkanal (Kika-Online)

Die Kinderkommission hat zur Unterstützung des bereits bestehenden Angebots des Kinderkanals die folgende Stellungnahme verfasst, die dem für den Drei-Stufen-Test zuständigen Sender zugeleitet wurde. Um auch die Öffentlichkeit hierauf aufmerksam zu machen, wurde eine Pressemitteilung herausgegeben.



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/32

Berlin, 07. Juli 2009

Ekin Deligöz, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme der Kinderkommission zum bereits bestehenden Angebot des Kika (Kika-Online)

Hintergrund

Mit Inkrafttreten des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages am 01. Juni 2009 müssen alle Telemedienangebote von ARD und ZDF den Drei-Stufen-Test durchlaufen. Dabei werden nicht nur neue oder veränderte digitale Angebote einem Drei-Stufen-Test durch den jeweils zuständigen Rundfunkrat unterzogen, sondern auch der gesamte Telemedienbestand.

Im ersten Schritt prüft der Rundfunkrat des MDR inwieweit das neue Angebot den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht.

Bis zum 29. Juli 2009 können Stellungnahmen abgegeben werden.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages vertritt ein differenziertes Bild der Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen: Sie sieht zum einen den zunehmenden Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen kritisch und weist ausdrücklich auf die Gefahren einer möglichen „Medienverwahrlosung“ hin. Die virtuelle Welt kann neurobiologische und psychologische Auswirkungen bei den Kindern und Jugendlichen haben, die negative Effekte



hinsichtlich der körperlichen und seelischen Entwicklung haben können. Die daraus erwachsenden Gefahren sind keineswegs zu unterschätzen. Aufgrund dieser Tatsachen hat sich die Kinderkommission des Deutschen Bundestages bereits 2006 mit dem Thema „Kinder und Medien“ auseinandergesetzt. Im Mittelpunkt standen dabei auch die negativen Auswirkungen eines erhöhten Medienkonsums von Kindern und Jugendlichen.

Fakt ist jedoch auch: Der heutige Alltag der Kinder und Jugendlichen wird wesentlich geprägt durch elektronische Medien. Neben den herkömmlichen technischen Geräten wie dem Fernsehen oder dem Radio gehören das Internet, das Handy oder Spielekonsolen zum jugendlichen Leben. Kinder und Jugendliche nutzen den Computer und das Internet in immer stärkerem Umfang. Laut einer aktuellen Studie gibt es schon in 88 Prozent der Haushalte, in denen Kinder leben, einen Computer. Derzeit geht knapp die Hälfte der Zehn- bis Elfjährigen höchstens einmal pro Woche online und hält sich maximal 30 Minuten auf (Trend Tracking Kids 2008). Vor dieser Entwicklung die Augen zu verschließen wäre fahrlässig. Die Kinderkommission wirbt daher für eine begrenzte und kritische Mediennutzung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen.

Gleichzeitig ist der kritische Umgang gerade mit den neuen Medien eine wesentliche Kompetenz, die Kinder und Jugendliche lernen müssen. Dieser Kompetenzerwerb jedoch kann nur durch und in Begleitung von Medien stattfinden. In zunehmendem Maße hat der urteilssichere Zugang zu neuen Medien, insbesondere zum Internet, auch eine demokratische und partizipative Dimension. Demokratische Meinungsbildungsprozesse verlagern sich immer weiter in den virtuellen Raum. Auch die Beschaffung und kritische Bewertung von Informationen erfolgen immer häufiger im Zusammenhang



mit dem World Wide Web. Kinder und Jugendliche werden mehr denn je früh gefordert. Steigende Verantwortlichkeit für die eigene Lebensführung, multikulturelle Lebens- und Lernzusammenhänge, wachsende Wahl- und Informationsmöglichkeiten erfordern Fähigkeiten, sich zu orientieren, zu unterscheiden und zu entscheiden.

kika.de ist ein öffentlich-rechtliches Internetangebot für Kinder. Es ist werbefrei und bietet vielfältige Multimedia-Inhalte, die kindgerecht, aktuell und interaktiv aufbereitet werden mit dem Ziel, Kinder zu informieren, zu bilden, zu beraten und auch zu unterhalten. Die Internetseite versteht sich zudem als ein sicherer Raum, von dem aus die Kinder (auch in Begleitung von Eltern oder Pädagogen) spielerisch das Internet erkunden. Die Zuschauer können sich über das Programm informieren, mit dem Sender direkt in Kontakt treten, ihre Sorgen und Nöte dem KI.KA anvertrauen, lernen und sich unterhalten. Ziel ist es, die Medienkompetenz bei Kindern zu fördern. Bei der Gestaltung des Internetangebots orientiert sich die Redaktion an den Qualitätskriterien des Erfurter Netcodes, einem Gütesiegel für Kinderseiten.

Nach Auffassung der Kinderkommission kann das Angebot von Kika-Online durch seinen informativen, ausgewogenen Charakter und die differenzierte Darstellungsweise, die sowohl Kinder als auch Eltern anspricht, eine kritische Medien-Kompetenzvermittlung unterstützen. In einer pluralistischen Gesellschaft und einem demokratischen Gemeinwesen ist diese Kritikfähigkeit eine wesentlich Voraussetzung für die Wahrnehmung der demokratischen Grundrechte und zur Teilhabe an der Zivilgesellschaft.

Gesellschaftlich besteht an einer möglichst großen Vielfalt der Onlineinhalte ein großes Interesse. Für das Onlineangebot



kika.de besteht daher auch ein hohes kommunikatives Bedürfnis in der Gesellschaft. Das zusätzliche Angebot der Fernsehsender im Internet, die Ergänzung des TV-Kinderprogramms über die websites dürfen und sollten nicht allein den privaten Sendern überlassen werden, sondern auch ein Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein. Wichtig ist dabei für Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, nicht-kommerzielle und werbefreie Angebote im Netz als „echte Alternative“ nutzen zu können. Der niedrighwellige kostenlose Zugang zum Kika-Online-Angebot sowie die Werbefreiheit entsprechen zudem den sozialen und kulturellen Bedürfnissen unserer Gesellschaft. Seit 2006 sind die Internetseiten von Kika.de weitgehend barrierefrei gestaltet. Auch dies begrüßt die Kinderkommission ausdrücklich.

Ekin Deligöz, MdB



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung
Kinderkommission des Bundestages
„Kika-Online“

Berlin, 10. Juli 2009

Herausgeber:
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Anlässlich des laufenden Dreistufentest zu Kika-Online hat die Kinderkommission des Deutschen Bundestages eine Stellungnahme abgegeben und dem bestehenden Kika-Online-Angebot attestiert, dass es den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht. Nach Auffassung der Kinderkommission kann das Angebot von Kika-Online durch seinen informativen, ausgewogenen Charakter und die differenzierte Darstellungsweise, die sowohl Kinder als auch Eltern anspricht, eine kritische Medien-Kompetenzvermittlung unterstützen. Das zusätzliche Angebot der Fernsehsender im Internet, die Ergänzung des TV-Kinderprogramms über die websites dürfen und sollten nicht allein den privaten Sendern überlassen werden, sondern auch ein Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein. Wichtig ist dabei für Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, nicht-kommerzielle und werbefreie Angebote im Netz als „echte Alternative“ nutzen zu können.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages vertritt ein differenziertes Bild der Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen: Sie sieht zum einen den zunehmenden Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen kritisch und weist ausdrücklich auf die Gefahren einer möglichen „Medienverwahrlosung“ hin. Andererseits erkennt die Kinderkommission ausdrücklich an, dass der heutige Alltag der Kinder und Jugendlichen wesentlich durch elektronische Medien geprägt wird. Die Kinderkommission wirbt daher für eine begrenzte und kritische Mediennutzung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen. Gleichzeitig ist der kritische Umgang gerade mit den neuen Medien eine wesentliche Kompetenz, die Kinder und Jugendliche lernen müssen. Dieser Kompetenzerwerb jedoch kann nur durch und in Begleitung von Medien stattfinden. In zunehmendem Maße hat der urteilsichere Zugang zu neuen Medien, insbesondere zum Internet, auch eine demokratische und partizipative Dimension. Demokratische Meinungsbildungsprozesse verlagern sich immer weiter in den virtuellen Raum. Auch die Beschaffung und kritische Bewertung von Informationen erfolgen immer häufiger im Zusammenhang

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Seite 2



mit dem World Wide Web. Kinder und Jugendliche werden mehr denn je früh gefordert. Steigende Verantwortlichkeit für die eigene Lebensführung, multikulturelle Lebens- und Lernzusammenhänge, wachsende Wahl- und Informationsmöglichkeiten erfordern Fähigkeiten, sich zu orientieren, zu unterscheiden und zu entscheiden.

3.3. Kinderlärm

Die Kinderkommission hat sich während der gesamten 16. Legislaturperiode mehrfach eingehend mit der Problematik befasst, dass Kindertagesstätten immer wieder auf Grund von Gerichtsentscheidungen in Nachbarschaftsstreitigkeiten wegen „Kinderlärms“ schließen mussten. Hierzu gab die Kinderkommission in der Vorsitzzeit von MdB Ekin Deligöz zunächst die folgende Pressemitteilung heraus:



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 3. März 2009

„Kinderlärm ist Zukunftsmusik“

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages setzt sich seit 2007 dafür ein, dass auf Bundes- oder auf Landesebene Regelungen getroffen werden, damit Einrichtungen mit Kindern nicht aufgrund von Klagen der Nachbarn wegen des damit verbundenen Kinderlärms geschlossen werden müssen.

Die Abfrage bei den Ländern hatte den durchgehenden Tenor ergeben, dass sie keinen Regelungs- und Handlungsbedarf sehen. Zwischenzeitlich überprüfen allerdings Hamburg und Berlin ihre Landesgesetze, um hierfür nach Regelungsmöglichkeiten zu suchen. Die Mitglieder der Kinderkommission fordern die übrigen Bundesländer auf, diesem Beispiel zu folgen.

Sie erwarten, dass es sich hierbei nicht nur um Wahlkampfaktionismus handelt, sondern zum Wohl unserer Kinder tatsächlich die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen ergriffen werden. Schließlich sollen bis 2013 rund 400 000 zusätzliche Krippen-, Kita- und Tagespflegeplätze geschaffen werden.

Wie sagte Bundespräsident Horst Köhler so treffend: „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Anlässlich neuer aktueller Schließungen von Kindertagesstätten wegen Nachbarschaftsklagen beschäftigte sich die Kinderkommission weiter mit diesem Thema und informierte sich beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung über die dortigen Anstrengungen, für Rechtssicherheit für die Kindertagesstätten zu sorgen. Hierzu wurde die folgende Pressemitteilung veröffentlicht:



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission will Kitas schützen: Kinderlärm als Schließungsgrund untragbar

Berlin, 16. Juni 2009

Herausgeber:
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages setzt sich weiter dafür ein, dass bundesweit mehr Rechtssicherheit für den Betrieb, den Aus- und Neubau von Kindertagesstätten geschaffen wird. Immer wieder kommt es zu Nachbarschaftsklagen gegen Kindertageseinrichtungen, bei denen der Verweis auf die geltende Rechtslage nicht zum gewünschten Erfolg führt. Denn immer wieder führen Gerichtsentscheidungen zu Schließungen von Kindertageseinrichtungen.

Dieses Ergebnis hält die Kinderkommission gerade auch im Hinblick darauf, dass bis zum Jahr 2013 rund 400 000 zusätzliche Krippen-, Kita- und Tagespflegeplätze geschaffen werden sollen, für untragbar. Sie hat daher das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung angeschrieben und um Informationen gebeten, welche Anstrengungen das Ministerium unternommen hat, um die Rechtslage klar zu gestalten bzw. die Umsetzung des geltenden Rechts zugunsten von Kindertageseinrichtungen zu befördern.

Ekin Deligöz, die Vorsitzende der Kinderkommission, erklärt: „Spielen und toben ist wichtig für Kinder! Dass es dabei auch schon mal laut werden kann, sollte in einer kinderfreundlichen Gesellschaft kein Problem sein. Wir brauchen eine eindeutige Regelung, damit Kinderlärm zukünftig nicht mehr mit Auto- oder Industrielärm gleichgesetzt werden kann.“

3.4. Kindesentziehung ins Ausland

Die Mitglieder der Kinderkommission wurden immer wieder auf dieses Thema angesprochen und um Hilfestellung gebeten. Um sich einen Überblick über die rechtlichen und tatsächlichen Schwierigkeiten und die Hilfemöglichkeiten zu verschaffen, hat die Kinderkommission neben der Bundestagsabgeordneten Marieluise Beck Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Bundesjustizministeriums sowie eine Vertreterin des Deutschen Vereins in ihre Sitzung am 6. Mai 2009 eingeladen. Auf der Grundlage der in diesem Gespräch gewonnenen Erkenntnisse verfasste die Kinderkommission die folgende Stellungnahme, die u.a. an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie an das Auswärtige Amt und das Bundesjustizministerium mit der Bitte, die Empfehlungen aufzugreifen, gesandt wurde:

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/30

Berlin, 3. Juli 2009

Ekin Deligöz, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme Kindesentziehung ins Ausland

Jedes Jahr werden in Deutschland rund 1.000 Kinder dauerhaft vermisst. In vielen Fällen handelt es sich dabei um internationale Entführungen, bei denen ein Elternteil das Kind gegen den Willen des anderen ins Ausland bringt. Die Kinderkommission wird immer wieder von betroffenen Eltern um Hilfe gebeten und hat sich deswegen in einer Sitzung im Mai mit diesem Thema beschäftigt.

Durch eine erhöhte Mobilität der Menschen gibt es immer mehr binationale Partnerschaften, aus denen Kinder hervorgehen. Bei einer Trennung der Eltern kommt es, wie in rein innerstaatlichen Familien auch, häufig zu Streitigkeiten um das Sorge- und Umgangsrecht. Mit einer Mitnahme des gemeinsamen Kindes ins Ausland, soll das zurückgebliebene Elternteil vor vollendete Tatsachen gestellt und eine Sorgerechtsentscheidung zu Gunsten des entführenden Elternteils herbeigeführt werden. Kindesentziehung ist allerdings nicht nur ein Problem binationaler oder nichtdeutscher Familien, sondern kommt auch immer öfter in deutschen Familien vor.

Das Haager Kinderschutzübereinkommen (HKÜ) bietet ein Verfahren zur schnellen Rückführung eines Kindes in seine gewohnte Umgebung, wenn das Kind widerrechtlich von einem Vertragsstaat in einen anderen gebracht oder nach einem Umgangskontakt nicht mehr zurückgegeben wurde. Der zurückgelassene Elternteil kann dann im Rahmen des HKÜ einen Antrag auf Rückführung des Kindes stellen und hierbei die Unterstützung der Zentralen Behörden der Vertragsstaaten in Anspruch nehmen. Über die Rückführung entscheidet das Gericht in dem Staat, in den



das Kind gebracht wurde. Hierbei handelt es sich nicht um eine Sorgerechtsentscheidung.

In der Regel wendet sich das zurückgebliebene Elternteil bei einem Kindesentzug als erstes an die Polizei und das zuständige Jugendamt. Dort gibt es aber häufig Schwierigkeiten, den Sachverhalt der Kindesentziehung vom Sachverhalt der Sorgerechtsentscheidung abzugrenzen. Das führt zu Fehlern bei der Entscheidung über die Zuständigkeit und damit zu Zeitverzögerungen. Um die Kompetenz und Sensibilität bei den zuständigen Behörden zu verbessern, fordert die Kinderkommission deswegen ein umfassendes Informations- und Fortbildungsangebot der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei und Jugendamt, damit schnell und einführend geholfen werden kann.

Insgesamt berichten Betroffene davon wie schwierig es ist, zügig die wichtigsten Informationen und Unterstützung zu erhalten. Immer wieder wird deswegen eine zentrale Anlaufstelle gefordert. Eine zentrale Anlaufstelle mit Lotsenfunktion wie sie der Internationale Sozialdienst (ISD) im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. in Berlin darstellt. Im Falle einer Kindesentführung begleitet der ISD mit Hilfe seines internationalen Netzwerks das Elternteil und informiert über die sozialpsychologischen und rechtlichen Aspekte. Zudem wird versucht den Kontakt und die Kommunikation zwischen den Konfliktparteien herzustellen, um in Zusammenarbeit aller betroffenen Parteien eine gemeinsame Strategie zum Wohle des Kindes zu erarbeiten. Um die steigenden Fallzahlen bewältigen zu können und zudem auch eine bessere Vernetzung und Kooperation aller involvierten Stellen wie dem Bundesministerium für Justiz und dem Auswärtigen Amt zu gewährleisten, fordert die Kinderkommission eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung des ISD.

Wird ein Kind in ein Land entzogen, das auch dem HKÜ beigetreten ist, so kann die Unterstützung der deutschen Zentralen Behörden in Anspruch genommen werden. Das Übereinkommen verpflichtet die Vertragsstaaten grundsätzlich dazu, die Rückführung der Kinder zu ermöglichen. Schwieriger ist der Fall, wenn zwischen Deutschland und dem Land, in das das Kind entführt wurde, keinerlei



internationale Vereinbarungen zur Lösung dieses Problems bestehen. Hier müssen vor Ort Rechtsanwälte beauftragt und ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werden. Allerdings können sich diese Verfahren sehr vom deutschen Verfahren unterscheiden. Viele Staaten sprechen z.B. Müttern kein oder nur ein eingeschränktes Sorgerecht zu, so dass eine Klage oftmals nicht erfolgreich ist. Die Kinderkommission fordert deswegen eine Sensibilisierung des Fachpersonals, insbesondere der Rechtsanwälte und Richter, über alle Grenzen hin weg.

Es ist wichtig, dass betroffenen Elternteilen eine verständliche Zusammenfassung der Kontaktstellen und der Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt wird. Die Kinderkommission würde deswegen eine Überarbeitung des Leitfadens der zuständigen Ministerien (BMJ und AA) begrüßen. Auch hier plädiert die Kinderkommission für eine Schulung der Botschaftsmitarbeiter und –mitarbeiterinnen.

Im Falle einer Kindesentziehung ein allgemein gültiges Verfahren umzusetzen, ist schwierig. Zu unterschiedlich stellt sich jeder einzelne Fall dar. Unabdingbar ist es deswegen, dem verlassenen Elternteil mit allen staatlichen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten in dieser Ausnahmesituation zu helfen. Allgemeines Ziel soll sein, mehr Staaten zum HKÜ-Beitritt zu bewegen. Die Mitgliedstaaten sollen ihre Zusammenarbeit intensivieren und aufeinander abstimmen und die Nichtmitglieder sollen an die Arbeitsweise des HKÜ herangeführt werden. Zudem ist der Aufbau eines Alarmsystems für vermisste Kinder in den Mitgliedsstaaten notwendig. Verschwindet ein Kind spurlos, ist schnelle und konzentrierte Hilfe entscheidend. Die Kinderkommission fordert deswegen insgesamt eine verbesserte Zusammenarbeit der zuständigen Behörden insbesondere zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Justiz und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Ekin Deligöz, MdB

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

3.5. Dritt- und Viertberichterstattung Deutschlands zur UN-Kinderrechtskonvention

Der 1. April 2009 war der offizielle Termin zur Abgabe des Dritt- und Viertberichts zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland beim Ausschuss für Menschenrechte der Vereinten Nationen. Diesen Termin nahmen Kinderrechtsorganisationen und die Kinderkommission zum Anlass für einen Pressternin am 2. April 2009, an dem u.a. der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. h.c. Wolfgang Thierse als Schirmherr teilnahm.



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Zum Abschluss dieser Pressekonferenz übergaben zwei UNICEF-Juniorbotschafter Forderungen für ein kindgerechtes Deutschland an die Vorsitzende.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

In der Sitzung am 22. April 2009 berichtete Herr Prof. Reinhard Wiesner vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Kinderkommission über den aktuellen Stand des Berichtes. Derzeit erstelle man im Ministerium den Fragenkatalog für Länder, Kommunen und Fachorganisationen. Danach werde es ein Abstimmungsverfahren geben. Nach dem derzeitigen Zeitplan sei von einer Abgabe des Berichts im September 2009 auszugehen.

Herr Dr. Jörg Maywald von der National Coalition zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland hielt die zeitliche Verzögerung für unbefriedigend, da sich damit auch die Erstellung des Schattenberichts der National Coalition verzögere. Die bislang dort vorgesehenen Schwerpunkte seien durch eine bereits abgeschlossene Umfrage bei allen Mitgliedern ermittelt worden. Der National Coalition läge an einem frühzeitigen Dialog mit dem Ministerium. Wichtig sei ihr insbesondere die Beteiligung von Jugendlichen an der Berichterstattung. In diesem Zusammenhang wurde auch die Möglichkeit der Kinderkommission, ein Mitglied des UN-Ausschusses sowie Jugendliche in eine Sitzung einzuladen, angesprochen.

3.6. Komplexeleistung integrierte Frühförderung

Auch dieses Thema beschäftigte die Kinderkommission in der 16. Legislaturperiode mehrfach. So wurden bereits in der Vorsitzzeit von MdB Diana Golze die zuständigen Bundesministerien aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Frühförderverordnung qualitativ gut und zeitnah umgesetzt wird.

Im Hinblick auf die in der Praxis weiterhin bestehende große Rechtsunsicherheit, hat die Vorsitzende dieses Thema erneut aufgegriffen und bei den Bundesländern nachgefragt, welche konkreten Schritte sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten unternommen haben, damit die Kooperation zwischen den Krankenkassen und den kommunalen Behörden funktionieren kann.

4. Informationsgespräche

In der Sitzung am 21. Januar 2009 berichteten Frau Dr. Bird und Frau Dr. Schönigh vom Bundesforum Familie über die Abschlussveranstaltung zum Projekt „Kinder brauchen Werte“ am 25. November 2008 und stellten zwei Studien vor.

Frau Gabriela Scholz und Frau Ulrike Pfeifer vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. berichteten in der Sitzung am 28. Januar 2009 über ihre Erfahrungen im Bereich Kinderschutz. Es gebe einen deutlichen Anstieg der Meldungen von Kinderschutzfällen, der zu einem steigenden Personalbedarf führe. Die geplanten Gesetzesänderungen wurden kritisch kommentiert. Als Schwerpunkt des Gesprächs entwickelten sich die internationalen Aspekte des Kinderschutzes, d.h. die Kindesentziehungen mit Auslandsbezug.

Am 22. April 2009 führte die Vorsitzende ein Informationsgespräch zum Thema „Gesunde Ernährung“ mit Frau Dr. Birgitt Walz-Tylla und Frau Ursula Mathar von der Bayer AG.

5. Veranstaltungen/Grußworte

Zum Abschluss des Projekts „Kinder brauchen Werte – Bündnisinitiative: Verantwortung Erziehung“ veranstaltete das Bundesforum Familie einen parlamentarischen Nachmittag am 20. April 2009, der unter der Schirmherrschaft der Kinderkommission stand. Die Vorsitzende hielt ein Grußwort und weitere Mitglieder nahmen an der Diskussion teil.

Zur Broschüre des Deutschen Kinderhilfswerks „20 Jahre Kinderrechtskonvention – 20 Forderungen“ hat die Vorsitzende das folgende Grußwort verfasst:

„Sehr geehrte Damen und Herren,
die UN-Kinderrechtskonvention - ein Meilenstein in der Geschichte der Kinderrechte - wird 20 Jahre alt. Ihre zentrale Botschaft lautet: Alle Kinder haben gleiche Rechte! Dieser Grundsatz ist unbestritten, weshalb die Kinderrechtskonvention zu Recht die größte Akzeptanz aller UN-Konventionen erfährt. Allerdings ist die Umsetzungsbilanz der Kinderrechtskonvention in Deutschland nach all den Jahren durch die ausländerrechtlichen Vorbehalte weiterhin getrübt. Trotz mehrfacher Beschlüsse des Deutschen Bundestages zur Rücknahme der Vorbehalte, hält die Bundesregierung bis heute an ihnen fest.
Es bleibt ein Glaubwürdigkeitsproblem, wenn nicht allen Kindern die gleichen Rechte gewährt werden. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge geraten, trotz schwerster Schicksale, in eine Schutzlücke. Sie werden in Deutschland wie erwachsene Asylbewerber behandelt. Damit ist Deutschland international ein schlechtes Vorbild, denn das Kindeswohl muss generell Vorrang vor ausländerrechtlichen Aspekten haben!

Ein weiterer, wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Kinder in unserem Land ist bislang ebenfalls unterblieben. Trotz vielfacher öffentlicher Äußerungen auf allen politischen Ebenen steht eine explizite Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz weiterhin aus. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hatte sich deshalb in der nun ablaufenden Legislaturperiode für eine entsprechende Aufnahme eingesetzt. Den vielen Worten sollten nun endlich Taten folgen. Eine parlamentarische Mehrheit war hierfür allerdings nicht zu gewinnen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Das Thema Kinderrechte in die Verfassung ist keine Symbolpolitik, sondern hätte konkrete Auswirkungen auf die Gesundheits- und Umweltpolitik, auf die Arbeitsmarkt –, Sozial- und Rentenpolitik. Uns würde damit ein wirkungsvoller Perspektivwechsel zugunsten von Kindern gelingen. Wer wahrhaft ein kinder- und familienfreundliches Deutschland möchte, setzt sich deswegen für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz ein!“

6. Öffentlichkeitsarbeit

6.1. Pressemitteilungen

Die Kinderkommission macht durch Pressemitteilungen auf ihre Arbeit und auf aktuelle kinderpolitische Problemstellungen aufmerksam. In der Vorsitzzeit der Abg. Ekin Deligöz sind im Einzelnen folgende Pressemitteilungen erschienen, die in der Anlage nachgelesen werden können:

16.01.2009	Einladung zur Pressekonferenz: Die Kinderkommission informiert über den turnusmäßigen Wechsel im Vorsitz
28.01.2009	„Kinderlärm ist Zukunftsmusik“
09.02.2009	Tag der Kinderhospizarbeit
20.02.2009	Internationaler Tag der Muttersprache
25.02.2009	Öffentliche Anhörung der Kinderkommission „Neue Konzepte früher Hilfen“
16.03.2009	Besuch bei den Stadtteilmüttern in Berlin-Neukölln
19.03.2009	„Direkter Zugang zu den Familien: Kinderkommission besuchte die Stadtteilmütter von Berlin-Neukölln“
31.03.2009	Pressekonferenz und Bildtermin: UNICEF-Juniorbotschafter übergeben Forderungen für ein kindgerechtes Deutschland an die Vorsitzende der Kinderkommission
01.04.2009	Internationaler Kinderbuchtag

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

14.05.2009	Kinderkommission gegen RTL-Sendung „Eltern auf Probe“: „Kinder sind keine Versuchskaninchen!“
15.05.2009	Kinderkommission übernimmt Schirmherrschaft für das Bündnis Recht auf Spiel
18.05.2009	Stellungnahme: „Eltern stärken – frühe Hilfen ausbauen“
22.05.2009	Internationaler Tag des vermissten Kindes
08.06.2009	Stellungnahme „Qualität in den Kindertageseinrichtungen verbessern“
11.06.2009	Welttag gegen Kinderarbeit
12.06.2009	Stellungnahme: „Kinderkommission fordert wirksame Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche“
15.06.2009	„Nachmittags hungrig und allein zu Hause – Die Kinderkommission kocht gemeinsam mit Kindern in der Adipositasprechstunde der Charité“
16.06.2009	„Kinderkommission will Kitas schützen: Kinderlärm als Schliessungsgrund untragbar“
19.06.2009	Stellungnahme zur Kinderarmut
23.06.2009	„Kinderkommission für die Stärkung des Schutzes von Kleinstkindern bei der Mitwirkung an Medienproduktionen“
06.07.2009	„Kinderkommission des Deutschen Bundestages unterstützt die Abschlussklärung der Ombudsleute für Kinder der G8– Staaten“
10.07.2009	Kinderkommission zu KiKa-Online
17.07.2009	Stellungnahme zur gesunden Ernährung
24.07.2009	Stellungnahme zur Kindesentziehung ins Ausland
11.08.2009	Internationaler Tag der Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

6.2. Pressekonferenzen

Am 21. Januar 2009 fand vor der 50. Sitzung der Kinderkommission eine Pressekonferenz zum Vorsitzwechsel statt.

6.3. Kindertag im Bundestag

Die Kinderkommission beteiligt sich mit einem Informationsstand am Kindertag des Besucherdienstes des Deutschen Bundestages. An diesem Tag finden Führungen nur für Kinder statt. Die Kinder lernen so mit ihrer Schulklasse das Reichstagsgebäude kennen und können auf kindgerechte Art Einblick in die politische Arbeit gewinnen. Soweit zeitlich möglich, erklären die Mitglieder der Kinderkommission den Kindern ihre Arbeit und stehen für Fragen zur Verfügung.



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

6.4. Internetauftritt und Internetbriefkasten

Die Internetseiten des Deutschen Bundestages enthalten ausführliche Informationen über die Mitglieder und die Arbeit der Kinderkommission. Die Adresse lautet wie folgt: <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/a13/kiko/index.jsp>.

Der Internetbriefkasten der Kinderkommission wurde auch in dieser Vorsitzzeit für ganz persönliche Anliegen von Kindern und Erwachsenen, aber auch für Fragen aller Art lebhaft genutzt. Hierzu einige Beispiele:

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich bin Schülerin 10. Klasse eines Gymnasiums. Im Ethikunterricht behandeln wir derzeit das Thema Schwangerschaftsabbruch. Meine Aufgabe ist es, über den aktuellen Stand zum Spätabbruch einer Schwangerschaft zu berichten. Wird das geplante Gesetz zum 01.01.2010 in Kraft treten? Was beinhaltet es dann konkret bzw. kann ich mich hierbei an der Drucksache 16/12664 orientieren?
Vielen Dank für ihre Hilfe.

Ich habe letzte Woche Flugzeug Modelle in Singapur bestellt. Heute hat mich der deutsche Zoll angerufen und mir mitgeteilt ich müsse nicht nur Steuern darauf zahlen sondern auch noch Abfertigungsgebühren die fast so hoch sind wie der Wert der Ware. Das finde ich nicht richtig vor allem weil auf der Homepage des Zolls nicht davor gewarnt wird dass diese Gebühren anfallen. Ich hoffe Sie können mir da weiterhelfen.

Hallo

Ich hab euch was spannendes mitzuteilen. Ich habe mir von meinem eigenen Geld (150euro) eine Konsole (PSP) gekauft. Meine Mutter hat sie dann nach dem spielen immer weggenommen. Und einmal hat sie, sie so gut versteckt das sie, sie nicht mehr wieder gefunden. Ja und jetzt weigert sie sich mir eine neue zu kaufen. Die einzige Möglichkeit eine neue zu bekommen ist wenn ihr , Ihr ein E- mail (die ich euch hinterlassen habe) schreibt wo drinne steht das sie mir eventuel eine neue kaufen soll.

1. Das Geld habe ich mir hauptsächlich damit verdient das ich zu Wettkämpfen gegangen bin und dort listen getragen habe.

2. Die Konsole ist schon ein halbes Jahr lang weg
Schreibt ihr so schnell wie möglich

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

7. Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission

7.1. Abgeordnete Ekin Deligöz

22.01.2009	Parlamentarischer Abend Unicef "Was sind uns Kinder wert?", Berlin
17.02.2009	Besuch des Jugendsozialhilfeforums Dillingen
02.03.2009	Kindertag im Parlament
04.03.2009	Eingangsstatement zu den Osnabrücker Friedensgesprächen, Podium zum Thema "Kinder - arm und chancenlos"
14.03.2009	Konferenz zu 60 Jahre Grundgesetz, Moderation des Forums "Kinderrechte im Grundgesetz"
26.03.2009	Rio-Nachfolgekonferenz in Berlin
02.04.2009	ARD-Kinderreportage "Kinderrechte ins Grundgesetz"
23.04.2009	Kinderfest / Kinderparlament mit ca. 125 türkischen und deutschen Kindern (6-14 Jahre) im Bundestag
28.04.2009	Besuch des Bildungszentrums Atlantik in Ingolstadt
29.04.2009	Besuch der Kinderzahnarztpraxis Marc Löchner, anschl. Diskussion mit Chefarzten u. Assistenzärzten in Augsburg
14.05.2009	Aktionsbündnis Kinderrechte: "Kinderrechte ins Grundgesetz - eine verfassungsrechtliche Grundsatzfrage" in Berlin
15.05.2009	Veranstaltung zum Thema "Kindergerechtigkeit" der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen in Erfurt
28.05.2009	Deutsches Kinderhilfswerk veranstaltet Weltspieltag "Ungewöhnliche Spielorte"
09.06.2009	Kinderrechtsempfang in Dresden - Verleihung eines Kinderrechtpreises
11.06.2009	Besuch zweier Jugendeinrichtungen in Hamburg
22.06.2009	Besuch der Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Babenhausen

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

24.06.2009	Besuch der Jugendhilfeeinrichtung Büchlberg
02.07.2009	Veranstaltung von Mars: türkische Aufklärungsinitiative "Clever naschen"
07.07.2009	Besuch beim Jugendzentrum in Haßfurt
28.07.2009	Übergabe eines Vorlesekoffers in einem Berliner Kinderheim und Vorlesen – Initiative der Deutschen Bahn

7.2. Abgeordnete Michaela Noll

22.01.2009	Parl. Abend der Unicef "Was sind uns Kinder wert?"
23.01.2009	Arbeitstreffen der NGOs bzgl. 3. Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern
09.03.2009	Treffen mit Herrn Weinrich und Frau Weiler/Vorstand des IVD und „Innocence in Danger“ zu Sperrungsverfügungen bei Kinderpornografie
17.03.2009	Ökumenischer Kreuzweg der Jugend 2009 - Andacht
18.03.2009	Pol. Abend der BITKOM "Bekämpfung der Kinderpornografie im Internet: Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten"
23.03.2009	Gesprächstermin mit Herrn Löwe, dvg-Jugend
24.03.2009	Fachveranstaltung "Wirksamer Kinderschutz - Herausforderungen für die Kommunen"
25. – 26.3.2009	Nationale Konferenz zum Schutz vor sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche
27.04.2009	Fachtagung zur Sensibilisierung von Jugendlichen im Umgang mit persönlichen Daten im Internet
07.05.2009	Gesprächstermin mit Telefonica 02-Germany, Frau Daiber
25.05.2009	Oracle-Veranstaltung "Deutschland und seine Kinder - Wie schützt die Gesellschaft ihre schwächsten Mitglieder?"
28.05.2009	Runder Tisch "Natursteine ohne Kinderarbeit“, Büro MdB Weiss

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

05.06.2009	Besuch im Helmholtz-Gymnasium
15.06.2009	Gespräch mit Vertretern d. Bündnisses Kindersoldaten, Frau Falk
30.06.2009	BMFSFJ Konferenz "Schutz vor sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit Fokus auf neue Medien"

7.3. Abgeordnete Marlene Rupprecht

22.01.2009	Parlamentarischer Abend der Unicef zu „Was sind uns Kinder wert?“, Berlin
02.02.2009	Expertengespräch in der Arbeitsstelle Frühförderung in Bayern zur Frühförderung, München
05.02.2009	Fachgespräch zur Kinderprostitution im Wahlkreis
12.02.2009	Grußwort und Referat zu „Kinderrechte“, FES Berlin
13.02.2009	Studienabschlussfeier und Grußwort zu European Master Children's Rights, Fachhochschule, Berlin
16.02.2009	Sitzung der Bund-Länder-AG „Schutz von Kindern u. Jugendlichen vor sexueller Ausbeutung“, Berlin
20.02.2009	Gespräche mit Schülern des Schulprojekts „Miteinander“, Fürth
04.03.2009	Referentin auf der Tagung „Auslandsadoption - Bedarf und Wirklichkeit“ des Bundesamtes für Justiz und Auslandsadoption, Bonn
04.03.2009	Podiumsdiskussion „Individualbeschwerdeverfahren über die Rechte des Kindes“ am Deutschen Institut für Menschenrechte, Berlin
09.03.2009	Gespräch mit Schülern am Europatag, Schulbesuch der Realschule Zirndorf
25. - 26.03.08	Podiumsdiskussion der Folgekonferenz zum 3. Weltkongress in Rio, Berlin
23.04.2009	Gespräche mit jugendlichen Teilnehmern am Jugendpresstetag im Bundestag
24.04.2009	Gespräche mit jugendlichen Teilnehmern am Jugendpresstetag im Bundestag

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

25.04.2009	Frühjahrsvollversammlung des Stadtjugendrings Fürth
05.05.2009	Parlamentarischer Abend der AGJ
06.05.2009	Fachveranstaltung Road Safety „Verbesserung der Verkehrssicherheit von Kindern“, Berlin
11.05.2009	Fachtagung „Aktionsbündnis Kinderrechte“ des Forums Arbeit und Familie, Berlin
14.05.2009	Sitzung der NAP- Lenkungsgruppe im BMFSFJ
14.05.2009	Fachgespräch zu „Kinderrechte ins GG – eine verfassungsrechtliche Grundsatzfrage“, Aktionsbündnis Kinderrechte, Berlin
15.05.2009	Symposium „Jugendarbeit gestern, heute, morgen“, Lindenhain, Fürth
26.05.2009	Planungstreffen zur NAP-Themenveranstaltung „Aufwachsen ohne Gewalt“, Bonn
28.05.2009	Sitzung der Bund-Länder AG "Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung", Berlin
03.06.2009	Fachkongress der Initiative Deutsches Forum Kinderzukunft, Düsseldorf
04.06.20209	Fachgespräch zu „Bedrohliche Jugendliche? Bedrohte Jugendliche!“ Diakonie, Jugendpolitik, Berlin
08.06.2009	Konferenz der Sprecher für Familienpolitik, u.a. Bundeskinderschutzgesetz, Kiel
10.06.2009	Referentin zu „Vergiftungsunfälle bei Kindern“, Bundessicherheitstag, Berlin
15.06. 2009	Podiumsdiskussion der Fachkonferenz "Mehr Rechte für Kinder - Was kann die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz bewirken?", Forum Arbeit und Familie, Berlin
25/26.06.2009	Expertenkonferenz der Ombudsmen for children der G8-Staaten UNICEF, Italien
30.06.2009	Fachtagung "Schutz vor sexueller Gewalt gegen Kinder u. Jugendliche mit Fokus auf Neue Medien" im BMFSFJ, Berlin

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

01.07.2009	Fachgespräch mit jugendpolitischen Sprechern der AGJ, Berlin
16.07.2009	Infostand der Kinderbeauftragten an der Grundschule Roßtal
20.07.2009	Besuch des Schliemann Gymnasiums, Fürth
23.07.2009	Besuch des Sozialpädiatrischen Frühförderzentrums in Erlangen
05.08.2009	Fachgespräch zu „Kinder- und Jugendarmut“, DKHW, Nürnberg

7.4. Abgeordnete Miriam Gruß

22.01.2009	Parlamentarischer Abend UNICEF „Was sind uns Kinder wert?“, Berlin
26.02.2009	Diskussionsveranstaltung „Programmatischer Nachmittag - Frühkindliche Bildung“, München
02.03.2009	„Kindertag im Bundestag“, Berlin
04.03.2009	Laudatio zur Preisverleihung für Schülerwettbewerb in der Friedrich-Naumann-Stiftung, Berlin
09.03.2009	Vortrag „Rollenbilder im Wandel: Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in einer modernen Gesellschaft“ Lions Club, Augsburg
20.04.2009	Parlamentarischer Nachmittag des Bundesforums Familie zur „Berliner Erklärung“, Berlin
21.04.2009	Parlamentarischer Abend „Musikalische Bildung von Anfang an“, Berlin
23.04.2009	„Girls and Boys Days“, Berlin
25.04.2009	Vortrag zu „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ und „Kinderrechte ins Grundgesetz“, Augsburg
30.04.2009	Grußwort zur VPK-Tagung „Aufwachsen in zunehmender Ungewissheit?“, München
07.05.2009	Gespräch mit dem Geschäftsführer von „Haus der kleinen Forscher“, Berlin
19.05.2009	Symposium „Begegnungen – Schutzräume für Kinder“, Tutzing

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

- 25.05.2009 Podiumsdiskussion und Vortrag zum Thema Kinderschutz, Landesvertretung NRW, Berlin
13. – 16.05.2009 „Jugend und Parlament“, Berlin
- 19.06.2009 Gespräch mit Erzieherinnen aus Mainz, Berlin
- 23.06.2009 5-jähriges Jubiläum des Dachverbandes der Eltern-Kind-Initiativen, Augsburg
- 25.06.2009 Besuch der heilpädagogischen Tagesstätte Landsberg
- 25.06.2009 Besuch des Kindergartens „Die Arche“ und Gespräch mit Lebenshilfe, Landsberg
- 04.07.2009 Gögginger Kinderfest, Augsburg
- 28.07.2009 Workshop der Kolpingjugend „Festival zwanzig 09“

7.5. Abgeordnete Diana Golze

- 22.01.2009 Parlamentarischer Abend von UNICEF zu Kinderrechten
- 30.01.2009 Gründung der Landesarmutskonferenz Brandenburg, u.a. AG Kinderarmut
- 31.01.2009 Abschlussveranstaltung des Schülerwettbewerbs "ND und Schule"
- 02.02.2009 Besuch der Kita "Kiefernwinkel"
- 11.02.2009 Besuch der Schülergruppe aus Schwedt/Oder
- 11.02.2009 Parlamentarischer Abend der DGB-Jugend
- 18.02.2009 Jugendhilfeausschuss Kreis Havelland
- 26.02.2009 Spendenübergabe an das "Café Contact"
- 12.03.2009 Spendenübergabe an die Kita "Glühwürmchen"
- 12.03.2009 Besuch der Wiesenschule
- 12.03.2009 Besuch von Lindenhort

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

28.03.2009	Benefiz-Dinner zugunsten armer Kinder
30.03.2009	Besuch einer Schülergruppe aus Beelitz
02.04.2009	Redaktionsgespräch bei der Zeitschrift "Eltern"
17.04.2009	Gespräch mit dem Kinder- und Jugendparlament
18.04.2009	Festrede zur Jugendfeier des Humanistischen Regionalverbands
20.04.2009	Parlamentarischer Nachmittag des Bundesforums Familie
24.04.2009	Gründung des Bündnisses gegen Rechtsextremismus
25.04.2009	Festrede zur Jugendfeier des Humanistischen Regionalverbands
27.04.2009	Gespräch in einer Schulklasse zu Rechtsextremismus
29.04.2009	Besuch Schülergruppe aus Jüterbog
06.05.2009	Jugendhilfeausschuss Kreis Havelland
07.05.2009	Chat bei mitmischen.de zu Jugendarmut
08.05.2009	Gründung des Bündnisses für Familie Westhavelland
11.05.2009	Spendenübergabe an den Verein "Jüterböckchen"
12.05.2009	Mittags-Agora zu Kinderarmut
14.05.2009	Fachdiskussion Aktionsbündnis Kinderrechte
17.05.2009	Besuch der Aktion "Fußball für Demokratie"
19.05.2009	Gespräch mit der Kinderbeauftragten der Stadt Brandenburg
25.05.2009	Auszeichnung von Rathenow als "Ort der Vielfalt"
30.05.2009	Festrede zur Jugendfeier des Humanistischen Regionalverbands
01.06.2009	Feier des Kleeblatt e.V. zum Kindertag
04.06.2009	Fachgespräch mit der Diakonie zur Kinder- und Jugendhilfe
08.06.2009	Kindertag im Deutschen Bundestag

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

12.06.2009	Spendenübergabe an das "laut und bunt"-Festival
14.06.2009	Kinderfest im Waldcafé Görden
15.06.2009	Gespräch mit Teilnehmerin an "Jugend und Parlament"
19.06.2009	Parlamentsseminar zum Thema „Kindertagesbetreuung“
22.06.2009	Spendenübergabe für die "Kinderhofkultur" an Familie Göschel
23.06.2009	Besuch einer Schülergruppe aus Brandenburg an der Havel
23.06.2009	Fachgespräch mit der Landtagsfraktion DIE LINKE. zu Kinderarmut
24.06.2009	Teilnahme an Protestveranstaltung der Kita-Erzieherinnen
01.07.2009	Parlamentarischer Abend der AGJ
02.07.2009	Gespräch mit SchülerInnen bei mitmischen.de
03.07.2009	Kinder- und Jugendhilfetag Havelland
06.07.2009	Gespräch beim STIBB e.V.
06.07.2009	Besuch des "Inselparadieses" Petzow
07.07.2009	Planspiel "Jugend und Kommunalpolitik" der Friedrich-Ebert-Stiftung
08.07.2009	Besuch der Kita "Rappelkiste"
08.07.2009	Gespräch mit der Kindervereinigung
09.07.2009	Gespräch mit SHIA e.V.
09.07.2009	Besuch der CARISATT-Einrichtung der Caritas
09.07.2009	Besuch der Blindenschule
10.07.2009	Besuch einer Kita und eines Mehrgenerationenhaus des DRK
11.07.2009	Grußwort zur Eröffnung des "Camp 4 U" der Sportjugend
15.07.2009	Besuch einer Kindergruppe aus der Region um Tschernobyl
15.07.2009	Gespräch mit Erzieherinnen und Eltern in der Kita der

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Volkssolidarität

18.07.2009	"laut und bunt"-Festival
21.07.2009	Auszeichnung der EON e.dis als Ausbildungsbetrieb durch die IHK
21.07.2009	Auszeichnung der Verkehrsbetriebe als Ausbildungsbetrieb durch die IHK
31.07.2009	Spendenübergabe an den Hort der „Grundschule Am Weinberg“

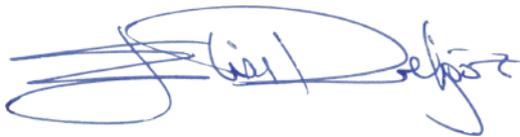
8. Liste der Kommissionsdrucksachen

16/24a	Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e. V.	Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung am 02.03.2009	23.02.2009
16/24b	Deutscher Kinderschutzbund e. V.	Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung am 02.03.2009	24.02.2009
16/24c	Deutscher Hebammenverband e. V.	Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung am 02.03.2009	25.02.2009
16/24d	Jugendamt der Landeshauptstadt Düsseldorf	Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung am 02.03.2009	25.02.2009
16/24e	Deutsches Jugendinstitut München	Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung am 02.03.2009	26.02.2009
16/24f	Kinderschutzzentrum Hamburg	Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung am 02.03.2009	27.02.2009
16/25	Kinderkommission	Reisebericht 3. Weltkongress gegen kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen	27.03.2009
16/26	Kinderkommission	Stellungnahme „frühe Hilfen ausbauen“	6.05.2009
16/27	Kinderkommission	Stellungnahme „frühkindliche Förderung“	3.06.2009
16/28	Kinderkommission	Stellungnahme „Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche“	9.06.2009
16/29	Kinderkommission	Stellungnahme „Kinderarmut“	16.06.2009
16/30	Kinderkommission	Stellungnahme „Kindesentziehung ins Ausland“	3.07.2009
16/31	Kinderkommission	Stellungnahme „Gesunde Ernährung“	6.07.2009

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

16/32	Kinderkommission	Stellungnahme zum bereits bestehenden Angebot des Kika (Kika-Online)	6.07.2009
-------	------------------	--	-----------



Ekin Deligöz, MdB
Vorsitzende

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

9. Anlagen

9.1. Pressemitteilungen



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 16. Januar 2009

Einladung zur Pressekonferenz: Die Kinderkommission informiert über den turnusmäßigen Wechsel im Vorsitz

Zeit: Mittwoch, den 21. Januar 2009 um 11.30 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Raum 4.501

Am 19. Januar 2009 wechselt turnusmäßig der Vorsitz in der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) des Deutschen Bundestages. Die Kommission wurde in den vergangenen neun Monaten von Diana Golze (DIE LINKE.) geleitet. Sie gibt den Stab weiter an Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die alte und die neue Vorsitzende wollen aus diesem Anlass in einer Pressekonferenz über die Arbeit der Kinderkommission unter dem Vorsitz von Diana Golze sowie über die geplanten Schwerpunkte für die Amtszeit von Ekin Deligöz informieren.

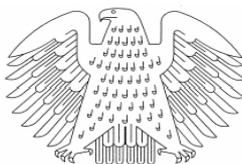
Beratungsschwerpunkte in der Vorsitzzeit von Diana Golze waren die Themen „Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern“, „Kinderarmut“ und „Kinder- und Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit“.

Themenschwerpunkte von Ekin Deligöz werden „Frühe Hilfen (Bekämpfung von Vernachlässigung von Kindern und soziale Ausgrenzung)“, „Elementarbildung - frühkindliche Förderung“ sowie „Kinder und Ernährung/Verbraucherschutz“ sein.

Für Medienvertreter gelten die üblichen Akkreditierungsregelungen des Bundestages.

Bild- und Tonberichtersteller werden gebeten, sich beim Pressereferat (Telefon: 030/227-32929 und 32924) anzumelden.

Herausgeber: Deutscher Bundestag - Presse und Kommunikation (PuK 1) - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Pressestelle: Telefon +49-30/227-37171 - Fax +49-30/227-36192
Internet: www.bundestag.de e-mail: pressereferat@bundestag.de



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 3. März 2009

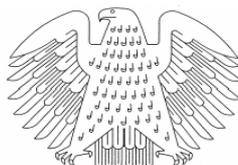
„Kinderlärm ist Zukunftsmusik“

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages setzt sich seit 2007 dafür ein, dass auf Bundes- oder auf Landesebene Regelungen getroffen werden, damit Einrichtungen mit Kindern nicht aufgrund von Klagen der Nachbarn wegen des damit verbundenen Kinderlärms geschlossen werden müssen.

Die Abfrage bei den Ländern hatte den durchgehenden Tenor ergeben, dass sie keinen Regelungs- und Handlungsbedarf sehen. Zwischenzeitlich überprüfen allerdings Hamburg und Berlin ihre Landesgesetze, um hierfür nach Regelungsmöglichkeiten zu suchen. Die Mitglieder der Kinderkommission fordern die übrigen Bundesländer auf, diesem Beispiel zu folgen.

Sie erwarten, dass es sich hierbei nicht nur um Wahlkampfaktionismus handelt, sondern zum Wohl unserer Kinder tatsächlich die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen ergriffen werden. Schließlich sollen bis 2013 rund 400 000 zusätzliche Krippen-, Kita- und Tagespflegeplätze geschaffen werden.

Wie sagte Bundespräsident Horst Köhler so treffend: „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“.



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 9. Februar 2009

Gesetzliche Verbesserung für Kinderhospize und in der Palliativ-Betreuung von Familien umgehend umsetzen

Anlässlich des Tages der Kinderhospizarbeit fordert die Kinderkommission eine schnelle Umsetzung der verbesserten Gesetze für Kinderhospize.

Mit der Gesundheitsreform wurden die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Palliativversorgung von Kindern verbessert: Bislang mussten Kinderhospize zehn Prozent ihrer Kosten durch Spenden und ehrenamtliches Engagement selbst aufbringen. Seit April 2007 beträgt der Eigenanteil nur noch fünf Prozent. Auch wurde festgelegt, dass in der stationären und ambulanten Hospizarbeit die besonderen Belange von Kindern zu berücksichtigen sind. Für diese Änderung hat sich die Kinderkommission besonders eingesetzt.

Die gesetzlichen Vorgaben sind jedoch in der Praxis noch nicht angekommen. Die Kinderkommission hat deswegen bereits beim Bundesministerium für Gesundheit nachgefragt, wie dieser Zustand behoben werden kann.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Ekin Deligöz, erklärt: „Ein Kind ist nicht bloß ein kleiner Erwachsener. Kinder haben besondere Bedürfnisse in der palliativen Pflege und Betreuung. Die gesetzlichen Vorgaben müssen schnellstmöglich umgesetzt werden, damit die Lebensqualität von sterbenden Kindern und ihrer Familien verbessert wird“.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Pressemitteilung

Datum: 19.02.2009

[\[Übersicht\]](#) [\[weiter\]](#)

Pressemeldung des Deutschen Bundestages - 19.02.2009

Kinderkommission: "Sprachenvielfalt entscheidet über Integration und Bildungserfolg"

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erklärt zum Internationalen Tag der Muttersprache am 21. Februar 2009:

Stärker als alle anderen Faktoren entscheiden Sprachkenntnisse über die Integration und den Bildungserfolg von Kindern aus Einwandererfamilien. Der Erwerb der deutschen Sprache gelingt Kindern mit Migrationshintergrund am besten, wenn auch die Muttersprache gefördert wird. Zudem kann eine wertschätzende Haltung gegenüber sprachlicher und kultureller Vielfalt innerhalb einer Gesellschaft, die Motivation die Landessprache zu erlernen, erhöhen.

Defizite in der sprachlichen Entwicklung gibt es aber nicht nur bei Kindern mit Migrationshintergrund, sondern oftmals auch bei Kindern aus bildungsfernen Familien. Daher muss von frühester Kindheit an die Sprachkompetenz benachteiligter Kinder gefördert werden. Für diese Aufgabe brauchen Kindertageseinrichtungen, besonders in sozialen Brennpunkten, ausreichend und vor allem gut geschultes Personal.

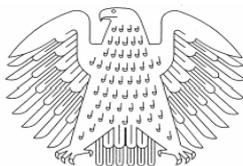
Ekin Deligöz, Vorsitzende der Kinderkommission, stellt fest: „Sprachliche Vielfalt bedeutet Reichtum für eine Gesellschaft. Wir müssen die Kommunikationsfähigkeit aller Kinder daher systematisch fördern.“

Herausgeber

Deutscher Bundestag, PuK 1 - Referat Presse - Rundfunk - Fernsehen
Dorotheenstraße 100, 11011 Berlin
Tel.: (030) 227-37171, Fax: (030) 227-36192

Quelle: http://www.bundestag.de/aktuell/presse/2009/pm_090219

Ausdruck aus dem Internet-Angebot des Deutschen Bundestages
© Deutscher Bundestag, 2009



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 25. Februar 2009

Öffentliche Anhörung der Kinderkommission „Neue Konzepte früher Hilfen“

Zeit: Montag, den 2. März 2009 von 15.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200

Kinder haben einen Anspruch darauf, dass sie gefördert und unterstützt werden. Alle Kinder sollen unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Startchancen haben und gesund aufwachsen. Dafür tragen in erster Linie Eltern und Familie die Verantwortung.

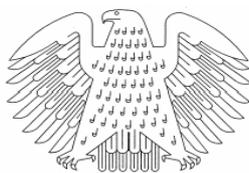
Die staatliche Gemeinschaft hat die Pflicht, Eltern die Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu ermöglichen und sie dabei zu unterstützen. Diese Verantwortung muss stärker als bisher wahrgenommen werden. Um Kinder früher und besser vor Vernachlässigung zu schützen, bedarf es eines neuen Verhältnisses von öffentlicher und privater Verantwortung für die Bildung, Erziehung, Betreuung und Gesundheitshilfe von Kindern.

Die neuen Konzepte früher Hilfen will die Kinderkommission im Rahmen einer Anhörung mit folgenden Experten erörtern:

- Dr. Wolfram Hartmann (Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e.V.)
- Heinz Hilgers (Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.)
- Peter Lukasczyk, Leiter der Abteilung Soziale Dienste (Jugendamt der Landeshauptstadt Düsseldorf)
- Angela Nieting (Deutscher Hebammenverband e.V.)
- Alexandra Sann (Deutsches Jugendinstitut e.V.)
- Cordula Stucke (Kinderschutzzentrum Hamburg)

Interessierte Zuhörer melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Tel.: (030) 227-30551, E-Mail: kinderkommission@bundestag.de) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums an. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Informationen zur Übertragung im Parlamentsfernsehen unter: <http://www.bundestag.de/aktuell/tv/index.html>. Bild- und Tonberichtersteller werden gebeten, sich beim Pressereferat (Telefon: 030/227-32929 oder -32924) anzumelden. Bitte im Sitzungssaal Handys ausschalten!



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 16. März 2009

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages zu Besuch bei den Stadtteilmüttern in Neukölln

Zeit: Mittwoch, den 18. März 2009, 15.30 Uhr

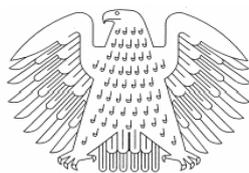
Ort: Rathaus Neukölln im „Rixdorfer Salon“, Karl-Marx-Straße 83, 12040 Berlin

Die Kinderkommission befasst sich derzeit schwerpunktmäßig mit den Möglichkeiten früher Hilfen für Kinder und Eltern. Um Kindern ein gesundes Aufwachsen entsprechend ihren individuellen Begabungen und Fähigkeiten unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu ermöglichen, bedarf es der unterschiedlichsten Mittel und Wege. Stadtteilmütter praktizieren ein neues Konzept aufsuchender niedrigschwelliger Hilfen.

2004 wurde das Projekt „Stadtteilmütter in Neukölln“ ins Leben gerufen. Seitdem wurden rund 160 Frauen, die meisten von ihnen kurdischer und arabischer Herkunft, zur „Stadtteilmutter“ ausgebildet. Sie gehen in die Familien um dort bei den alltäglichen Problemen zu helfen. Sie sind „Vermittlerinnen“ zwischen den Kulturen: Sie kennen einerseits die kulturellen Hintergründe der Familien und andererseits auch die deutsche Gesellschaft.

Die Kinderkommission will sich mit ihrem Besuch einen eigenen Eindruck von diesem beispielhaften Projekt verschaffen.

Pressevertreter sind herzlich eingeladen!



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 19. März 2009

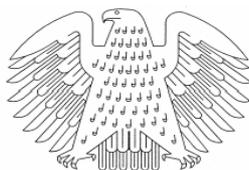
**Direkter Zugang zu den Familien:
Kinderkommission besuchte die Stadtteilmütter von Berlin-Neukölln**

Sie wissen, wovon sie reden: Sie haben selber Kinder, einen Migrationshintergrund und waren meist mehrere Jahre arbeitslos - die Stadtteilmütter von Neukölln. Sie sind ein beispielhaftes Projekt aus dem Bereich der frühen Hilfen für Kinder und ihre Eltern.

Nach einer sechsmonatigen Qualifizierung suchen die Stadtteilmütter den Kontakt zu werdenden Müttern und solchen mit jungen Kindern in ihrem Bezirk. Sie sind keine Sozialarbeiterinnen, sondern leisten eine moderne Form der Gemeinwesenarbeit: Indem sie auf andere Mütter zugehen, über wichtige Themen informieren, Lücken in der Erziehungskompetenz schließen und mit Rat und Tat im Alltag zur Seite stehen. Zentrale Themen sind der Zugang zu Kindertagesstätten, das Funktionieren der deutschen Schule, Spracherziehung oder der Umgang mit Medien.

Durch die persönliche Ansprache soll den Frauen die Angst vor Ämtern genommen werden. Die Stadtteilmütter verstehen sich als Lotsen, die, wenn dies gewünscht wird, weitere Kontakte zu öffentlichen Einrichtungen herstellen.

Anlässlich der Präsentation ihrer Arbeit bei einem Vor-Ort-Termin erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission Ekin Deligöz: „So engagierte Projekte wie dieses zeigen uns, wie effektiv qualifizierte Hilfe zur Selbsthilfe funktionieren kann. Selten erleben wir Projekte, denen der Zugang zu Familien, die unsere Hilfe brauchen, so gut gelingt“.



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 31. März 2009

Pressekonferenz und Bildtermin

**UNICEF-Juniorbotschafter übergeben Forderungen für ein kindgerechtes
Deutschland an die Vorsitzende der Kinderkommission**

Zeit: Donnerstag, 2. April 2009, 10 bis 10.45 Uhr (Bildtermin ca. 10.20 Uhr)

Ort: Jakob-Kaiser-Haus, Raum 6.556 (Dorotheenstraße 101)

Der 4. April 2009 ist der Abgabetermin für den Staatenbericht der Bundesregierung an die Vereinten Nationen. Es geht um die Verwirklichung der Kinderrechte in Deutschland. Dieses Datum nehmen Kinderrechtsorganisationen und zwei UNICEF-Juniorbotschafter zum Anlass, auf einer Pressekonferenz ihre Wünsche und Forderungen für ein kindgerechtes Deutschland an die Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zu überreichen.

An dieser Pressekonferenz werden teilnehmen:

- **Dr. h.c. Wolfgang Thierse** Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Schirmherr der National Coalition
- **Ekin Deligöz** Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages
- **Dr. Sabine Skutta** Sprecherin der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland
- **Dr. Jörg Maywald** Sprecher der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland
- **Ronny Mai** UNICEF-Juniorbotschafter
- **Nana Yaa Nyantakyi** UNICEF-Juniorbotschafterin

Pressevertreter sind herzlich eingeladen. Es gelten die üblichen Akkreditierungsregeln des Deutschen Bundestages.



DEUTSCHER BUNDESTAG

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 1. April 2009

**Kinderkommission zum Internationalen Kinderbuchtag:
Eltern gehen als gutes Beispiel voran!**

„Lesen ist mir zu anstrengend. Ich spiele lieber Computer!“ so sagen und empfinden es viele Kinder und Jugendliche.

In einer Zeit, in der fast alle Kinder mit Fernsehen und Computerspielen aufwachsen und damit vertraut sind, ist es wichtig, an einem Tag im Jahr dem Kinderbuch besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Bücher regen Phantasie und Kreativität an, wecken die Neugierde auf die vielfältigsten Themen und vor allem fördern sie das Sprachvermögen und den Wortschatz.

„Sprache ist die Schlüsselkompetenz zu Bildungserfolg und Integration“ betont die Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages Ekin Deligöz. Sie muss wie jede andere Kompetenz gelernt werden. Eine ganz prägende Rolle kommt dabei den Eltern zu. Ihr Leseverhalten ist als Vorbild für die Kinder ausschlaggebend. Besonders wertvoll für die Entwicklung des Kindes ist das Vorlesen durch die Eltern. Es fördert nicht nur das Zuhören und damit die Konzentration - es macht auch allen Spaß. Diese Kinder greifen später auch gerne selbst zum Buch.

Kindertageseinrichtungen können ganz wesentlich dazu beitragen, Kinder mit Spaß und ohne Zwang an das Lesen heranzuführen. Erzieherinnen und Eltern sollten bei der Leseförderung an einem Strang ziehen. „Wir müssen gemeinsam daran arbeiten“ so die Vorsitzende Ekin Deligöz.



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission gegen RTL-Sendung „Eltern auf Probe“:
„Kinder sind keine Versuchskaninchen!“

Berlin, 14. Mai 2009

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Anlässlich der bevorstehenden Erstaussstrahlung der Doku-Serie „Eltern auf Probe“ durch RTL erklärt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages:

„RTL instrumentalisiert in diesem Sendeformat Kinder in unverantwortlicher Weise. Die Produzenten dieser Sendung setzen insbesondere kleine Kinder bewusst existenziellen Ängsten aus und nehmen die seelische Gefährdung der Kinder billigend in Kauf. Das Kindeswohl ist selbst durch psychologische Betreuung im Umfeld nicht gesichert. Auch unter dem Vorsatz, jugendlichen Paaren den Start ins Familienleben darstellen und erleichtern zu wollen, darf man für dieses Ziel nicht das Wohl und die Entwicklung von Kleinstkindern aufs Spiel setzen.

Wir fordern RTL dringend auf, die Serie ‚Eltern auf Probe‘ nicht auszustrahlen und keine weiteren, die Entwicklung der Kinder gefährdenden, gleich gearteten Sendungen mehr zu produzieren.

In der achteiligen Dokumentation, die am 3. Juni startet, werden Säuglinge und Kleinkinder von ihren Eltern getrennt und für die Dauer von rund vier Tagen in die Obhut von Teenagern gegeben, die den Umgang mit Babys bzw. Kindern ‚auf Probe‘ lernen sollen.“



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission übernimmt Schirmherrschaft für das Bündnis Recht auf Spiel

Berlin, 15. Mai 2009

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Spielen macht Spaß, setzt Phantasie frei, ist soziales Training und ist die ganzheitliche Lerntechnik. Wichtig hierfür sind öffentliche Frei- und Bewegungsräume, die zunehmend verschwinden. Deshalb braucht es eine Lobby für das Thema Spiel.

Ekin Deligöz, Vorsitzende der Kinderkommission erklärt: "Kinder lernen spielend - deswegen ist es unsere Aufgabe, Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Kinder gut und viel spielen können. Dazu gehört auch, dass es schon mal laut wird. Wir wünschen uns Toleranz gegenüber Kinderlärm. Kinderlärm soll als Zukunftsmusik wahrgenommen werden und nicht als Störung. Gerne unterstützt die Kinderkommission des Deutschen Bundestages das Bündnis Recht auf Spiel und übernimmt die Schirmherrschaft."

Mit dem Weltspieltag 2008 haben rund 100 Initiativen ein deutliches Zeichen gesetzt, mit dem sie für bessere Spielräume eingetreten sind. Daraufhin initiierte das Deutsche Kinderhilfswerk Ende letzten Jahres ein Bündnis für Fachkräfte unterschiedlicher Berufe, Institutionen und Organisationen aus Deutschland. Das Bündnis will die Bedeutung des Spiels in der Öffentlichkeit bewusst machen und das Recht auf Recht auf Spiel, wie es in der UN-Konvention für die Rechte des Kindes festgeschrieben ist, durchsetzen.

Weitere Informationen zum Bündnis Recht auf Spiel unter www.recht-auf-spiel.de



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission des Bundestages

„Eltern stärken – frühe Hilfen ausbauen“

Berlin, 18. Mai 2009

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Die Familie ist die wichtigste Erziehungs- und Bildungsinanz und Eltern sind die wichtigsten Partner im Bildungs- und Erziehungsprozess von Kindern. Täglich arbeiten Eltern daran, ihre Kinder zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten zu erziehen. Eine beachtliche Leistung.

Um ihrer anspruchsvollen Erziehungs- und Bildungsaufgabe gerecht werden zu können, brauchen Eltern Unterstützung. Die Kinderkommission spricht sich dafür aus, Eltern in ihren Kompetenzen zu stärken und Angebote für Eltern auszubauen.

Eine familienfreundliche Gesellschaft muss früh durch Angebote Präsenz zeigen und mit einer fachlich kompetenten und personell gut ausgestatteten Infrastruktur alle Eltern unterstützen. Vor allem Angebote für werdende Eltern und für Eltern mit noch sehr kleinen Kindern bzw. Babys müssen weiter ausgebaut werden. Erfolgreiche Konzepte wie Elternbriefe, Geburtsbegrüßungsprogramme, Familienhebammen oder Eltern-Kind-Zentren, benötigen deutlich mehr Unterstützung.

Aber auch Hilfen für die größer werdende Zahl an Eltern, die Defizite in ihrer Erziehungskompetenz aufweisen, müssen ausgebaut werden. Diesem wachsenden Bedarf auf Seiten der Eltern steht in Deutschland jedoch eine sehr unterschiedliche Angebotslandschaft gegenüber. Gerade Familien mit einem hohen Unterstützungsbedarf brauchen aber verlässliche und kontinuierliche Hilfen. Ziel muss daher eine bessere, vernetzte und qualifizierte Angebotslandschaft mit einer verlässlichen Finanzierung der Anbieter von frühen Hilfen sein.

Viele Konzepte haben sich bewährt, weil der Zugang zu Fachkräften und Informationen nur geringe Hürden aufweist. Die Kinderkommission befürwortet Projekte, die Lotsenfunktion für Eltern übernehmen, verbindliche Formen der Kooperation von Akteuren verbessern und geregelte Verfahrenswege im Bereich Elternunterstützung und frühe Hilfen etablieren.

Die Stellungnahme können Sie unter http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Empfehlungen_und_Stellungnahmen/Fruhe_Hilfen_ausbauen.pdf abrufen.



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum internationalen Tag des vermissten Kindes am 25. Mai 2009

Berlin, den 22. Mai 2009

Herausgeber:
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Jedes Jahr werden rund 1.000 Kinder in Deutschland dauerhaft vermisst. In vielen Fällen handelt es sich dabei um internationale Entführungen, bei denen ein Elternteil das Kind gegen den Willen des anderen ins Ausland bringt. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat sich in ihrer letzten Sitzung mit diesem Thema befasst.

Ekin Deligöz, Vorsitzende der Kinderkommission erklärt zum internationalen Tag des vermissten Kindes: „Wenn ein Kind spurlos verschwindet, ist schnelle und konzentrierte Hilfe entscheidend. Die Kinderkommission fordert deswegen eine verbesserte Zusammenarbeit der zuständigen Behörden und eine Sensibilisierung des Fachpersonals über alle Grenzen hin weg.“

Wenn ein Kind spurlos verschwindet, beginnt für die Familie eine traumatische Zeit. Gerade war das Kind noch da – plötzlich ist es weg. Ist das Kind weggelaufen, wurde es entführt oder gar getötet? In dieser Ausnahmesituation weiß kaum jemand, was zu tun ist. Da ist es wichtig, dass die Behörden und Initiativen Eltern bei der Suche, aber auch bei der Bewältigung ihres Leides helfen. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer von Elterninitiativen vermisster Kinder spenden Trost und geben den Eltern wertvolle praktische Tipps für die Suche. Diesen Helferinnen und Helfern soll an diesem Tag gedankt werden.



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission fordert wirksame Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche

Berlin, 12. Juni 2009

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages widmet sich verschiedensten Themen der Kinder- und Jugendpolitik. Einer der Schwerpunkte der Arbeit war die Bestandsaufnahme zu Möglichkeiten und Grenzen der Mitbestimmung für Kinder- und Jugendliche. Hier sieht die Kinderkommission deutlichen Nachhol- und Verbesserungsbedarf in verschiedenen Lebensbereichen junger Menschen. Bildung ist dabei einer der wichtigsten. Dazu braucht es gerechte Bildungschancen, die derzeit stark von der Herkunft der Kinder abhängig sind. Außerdem braucht es eine starke und leistungsfähige Kinder- und Jugendhilfe. Grundsätzlich befürwortet die Kinderkommission nach wie vor die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz.

„Wir können von jungen Menschen nicht mehr Beteiligung und Interesse an ihrer Umwelt fordern, wenn wir ihnen nicht auch Teilhabe ermöglichen und Mittel der Mitbestimmung in die Hand geben. Nur dann können und wollen Kinder und Jugendliche sich einbringen. Dies ermöglicht ein Miteinander der Generationen und das Erlernen demokratischer Handlungsmuster“, so die Abgeordnete Diana Golze, Mitglied der Kinderkommission.

Die vollständige Stellungnahme finden Sie unter folgendem Link:

http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Empfehlungen_und_Stellungnahmen/index.html



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Stellungnahme der Kinderkommission gegen Kinderarmut

Berlin, 19. Juni 2009

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Kinderarmut wird seit einigen Jahren auch in Deutschland immer häufiger thematisiert – und die Situation spitzt sich zu. Grund genug für die Kinderkommission des Deutschen Bundestages, sich ebenfalls dieser ernststen Thematik anzunehmen. Neben zahlreichen Expertengesprächen hat die Kinderkommission auch eine öffentliche Anhörung dazu durchgeführt.

Für Kinder bedeutet arm zu sein mehr, als nur über wenig Geld zu verfügen. Kinderarmut hat Konsequenzen für die Bildungschancen von Kindern, für ihre sozialen Kontakte sowie ihren Gesundheitszustand. Das nachweislich höhere Armutsrisiko tragen Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit Migrationshintergrund sowie Kinder, die im Osten der Republik aufwachsen.

So vielfältig wie die Ursachen und Auswirkungen von Kinderarmut müssen auch die Lösungsansätze sein. Die Kinderkommission hat in ihrer Stellungnahme einige politische Handlungsoptionen herausgearbeitet.

„Arme Kinder kann sich ein reiches Land wie unseres nicht leisten. Alle politischen Ebenen sowie alle Strukturen der Zivilgesellschaft müssen dabei helfen, tragbare Lösungen zu finden. Die Zukunft von Millionen betroffener Kinder hängt vom Willen der Erwachsenen ab. Möglichkeiten zum Handeln gibt es viele, das macht der Beschluss der Kinderkommission deutlich und dieser wird über unsere Fraktionsgrenzen hinweg getragen“, so Diana Golze, Mitglied der Kinderkommission.

Die vollständige Stellungnahme finden Sie hier:
http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Empfehlungen_und_Stellungnahmen/kinderarmut.pdf



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung der Kinderkommission

„Qualität in den Kindertageseinrichtungen verbessern“

Berlin, 8. Juni 2009

Herausgeber:
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Bildung ist eine, wenn nicht die entscheidende Ressource für die Zukunft unserer Kinder und damit auch für unsere Gesellschaft. Kinder haben nicht erst mit dem Eintritt in die Schule ein Recht auf Bildung, sondern bereits ab ihrer Geburt. Gerade in der frühen Kindheit lernen Kinder sehr viel. Verantwortungsvolle Politik muss allen Kindern frühe Bildungserfahrungen ermöglichen. Daher müssen zum einen bundesweit ausreichend Kinderbetreuungsangebote zur Verfügung stehen. Zum anderen ist die Qualität der Kinderbetreuungsangebote von entscheidender Bedeutung, um die Bildungschancen für alle Kinder zu verbessern und zu sichern. Um frühkindliche Bildung und Betreuung zu ermöglichen, spricht sich die Kinderkommission für eine bundeseinheitliche Regelung von qualitativen Mindeststandards (beispielsweise Personalschlüssel) in der Kindertagesbetreuung aus. Nur so können Kindertageseinrichtungen ihren Bildungsauftrag umsetzen sowie gerechte Startchancen und gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Kinder erreicht werden. Zudem sind Verbesserungen bei der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern notwendig. Gemessen an der gestiegenen Komplexität ihrer Aufgaben, erscheint das Ausbildungsniveau verbesserungswürdig. Es ist zu begrüßen, dass hier verschiedene Reformansätze – bis hin zur Einrichtung von Hochschul- und Fachhochschulzweigen – verfolgt werden. Deren Umsetzung sollte allerdings forciert werden.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Die vollständige Stellungnahme können Sie abrufen unter:

http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Empfehlungen_und_Stellungnahmen/index.html



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni

Berlin, 11. Juni 2009

Herausgeber:
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Jeden Tag verrichten mehr als 200 Millionen Kinder in der ganzen Welt schwere und oftmals gefährliche Arbeit, damit sie und ihre Familien überleben können.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages appelliert an die deutsche Regierung, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die Regierungen der betroffenen Länder hinzuwirken, dass dort das grundlegende Übereinkommen zur Kinderarbeit/Jugendschutz und die internationale Konvention gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit unterzeichnet und umgesetzt werden.

Die Kinderkommission hat sich auch in diesem Jahr mit dem Thema der Kinderarbeit in indischen Steinbrüchen befasst. Dort werden Kinder ab 12 Jahren in Schuldknechtschaft unter unmenschlichen Bedingungen ausgebeutet. Deutschland ist ein wichtiger Abnehmer der in Indien produzierten Natursteine.

Daher fordert die Kinderkommission die Verwendung von Gütesiegeln für Steine aus indischen Steinbrüchen. An diesen Siegeln können Händler und Verbraucher erkennen, dass die Steine ohne Kinderarbeit hergestellt wurden und sich bewusst für diese Waren entscheiden. Ekin Deligöz, Vorsitzende der Kinderkommission erklärt: „Wir alle können daran mitwirken, den Teufelskreis zwischen Kinderarbeit, fehlender Schulbildung und Armut zu durchbrechen. Nicht nur die natursteinverarbeitende Branche, sondern jeder einzelne kann durch seine Kaufentscheidung die Nachfrage nach Natursteinen, die nicht durch ausbeuterische Kinderarbeit produziert wurden, erhöhen.“



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

„Nachmittags hungrig und allein zu Hause“ – Die Kinderkommission kocht gemeinsam mit Kindern in der Adipositasprechstunde der Charité

Berlin, 15. Juni 2009

Herausgeber:
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, den 17. Juni 2009 ab 15.00 Uhr

Ort: Sozialpädiatrisches Zentrum für chronisch kranke Kinder auf dem Campus Virchow-Klinik, Augustenburger Platz 1, 13353 Berlin, Mittelallee 8

Die Kinderkommission befasst sich derzeit schwerpunktmäßig mit dem Thema „Gesunde Ernährung für Kinder“. Nach einem Expertengespräch in der vergangenen Sitzung, verschaffen sich die Kommissionsmitglieder nun einen Einblick in das Behandlungskonzept der Charité. Dazu werden die Abgeordneten gemeinsam mit den Kindern kochen und an einer Elternschulung teilnehmen.

Mit dem Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KIGGS) und dem 13. Kinder- und Jugendbericht liegt eine umfassende Datenbasis zur gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen vor. Ein Ergebnis davon ist, dass Störungen im Essverhalten und schädliche Essgewohnheiten bei Kindern und Jugendlichen immer mehr zu nehmen. Der Alltag vieler Kinder ist durch unregelmäßige Mahlzeiten und unausgewogenes Essen gekennzeichnet. Sowohl bei der Entstehung als auch bei der Behandlung von Essstörungen haben Eltern eine zentrale Bedeutung. Sie geben ihrem Nachwuchs nicht nur ihre Veranlagung weiter, sondern sind die wichtigsten Vorbilder mit ihrem Ess- und Bewegungsverhalten.

Das Behandlungskonzept BABELUGA der Charité ist ein Therapie-Programm, das aus verschiedenen Diagnostik- und Therapie-Modulen besteht. Langfristiges Ziel der Therapie ist das Erreichen des altersentsprechenden Normalgewichts und gegebenenfalls zusätzlich die Behandlung von Folgeerkrankungen der Adipositas (z.B. Bluthochdruck, Zuckerkrankheit, Essstörungen).

Pressevertreter sind herzlich eingeladen!



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission will Kitas schützen: Kinderlärm als Schließungsgrund untragbar

Berlin, 16. Juni 2009

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages setzt sich weiter dafür ein, dass bundesweit mehr Rechtssicherheit für den Betrieb, den Aus- und Neubau von Kindertagesstätten geschaffen wird. Immer wieder kommt es zu Nachbarschaftsklagen gegen Kindertageseinrichtungen, bei denen der Verweis auf die geltende Rechtslage nicht zum gewünschten Erfolg führt. Denn immer wieder führen Gerichtsentscheidungen zu Schließungen von Kindertageseinrichtungen.

Dieses Ergebnis hält die Kinderkommission gerade auch im Hinblick darauf, dass bis zum Jahr 2013 rund 400 000 zusätzliche Krippen-, Kita- und Tagespflegeplätze geschaffen werden sollen, für untragbar. Sie hat daher das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung angeschrieben und um Informationen gebeten, welche Anstrengungen das Ministerium unternommen hat, um die Rechtslage klar zu gestalten bzw. die Umsetzung des geltenden Rechts zugunsten von Kindertageseinrichtungen zu befördern.

Ekin Deligöz, die Vorsitzende der Kinderkommission, erklärt: „Spielen und toben ist wichtig für Kinder! Dass es dabei auch schon mal laut werden kann, sollte in einer kinderfreundlichen Gesellschaft kein Problem sein. Wir brauchen eine eindeutige Regelung, damit Kinderlärm zukünftig nicht mehr mit Auto- oder Industrielärm gleichgesetzt werden kann.“



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission für die Stärkung des Schutzes von Kleinstkindern bei der Mitwirkung an Medienproduktionen

Berlin, 23. Juni 2009

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

In den vergangenen Jahren häufen sich Medienformate, die bewusst auf eine Verletzung der Menschenrechte setzen, um Einschaltquoten zu erzielen. Öffentliche Proteste – wie im jüngsten Beispiel der RTL-Produktion „Erwachsen auf Probe“ – konnten die Ausstrahlung dieser Sendungen nicht stoppen.

Für die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ist dieses Ergebnis außerordentlich unbefriedigend. Die Kinderkommission hat sich bereits in der Vergangenheit für eine Stärkung des Schutzes von Kleinstkindern und Säuglingen bei der Mitwirkung an Medienproduktionen ausgesprochen. Sie hält eine Überprüfung des Jugendarbeitsschutzes in Medien für Kinder unter drei Jahren für erforderlich.

Da zu befürchten ist, dass auch in Zukunft vergleichbare Sendungen gesendet werden, regt die Kinderkommission die Einrichtung eines Ethikbeirates für die Produktion von Rundfunksendungen an. Ekin Deligöz, die Vorsitzende der Kinderkommission, erklärt: „Wir wollen die Grundsatzdebatte, was Fernsehformate dürfen und was nicht, weiterführen. Es muss uns gelingen ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Kinder Rechte haben und dass auch das Privatfernsehen eine moralische Verantwortung trägt“.



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission des Deutschen Bundestages unterstützt die Abschlussklärung der Ombudsleute für Kinder der G8-Staaten

Berlin, 06. Juli 2009

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Die Ombudsleute für Kinder der G8-Staaten trafen sich vom 25. bis 26. Juni 2009 in Nuoro, Sardinien, um hauptsächlich die Auswirkungen der Finanzkrise und der Klimaveränderungen auf Kinder zu diskutieren. In ihrer Abschlussklärung wandten sie sich an die Regierenden ihrer Staaten mit der Aufforderung, schnellstens auf diese Herausforderungen zu reagieren. Ihre Forderungen erstreckten sich aber auch darauf, sich verstärkt für die Einrichtung und Ausweitung von Kinderanlaufstellen in den Ländern und Regionen einzusetzen.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages teilt die Positionen dieser Erklärung. Sie nimmt diese Erklärung zum Anlass, die Bundesländer aufzufordern, die Wahrnehmung der Interessen der Kinder zu stärken und dauerhafte Kinderanlaufstellen auf Landesebene einzurichten.

Sie nimmt diese Erklärung weiter zum Anlass, den Deutschen Bundestag aufzufordern, zur Unterstützung der Kinderinteressen auch auf Bundesebene in der nächsten Wahlperiode wieder eine Kinderkommission einzurichten.

Die Mitglieder der Kinderkommission wünschen den Jugendlichen, die am jugendpolitischen Begleittreffen zum Gipfel der G8-Staaten vom 8. bis 10. Juli in L'Aquila teilnehmen, viel Erfolg.



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission des Bundestages
„Kika-Online“

Berlin, 10. Juli 2009

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Anlässlich des laufenden Dreistufentest zu Kika-Online hat die Kinderkommission des Deutschen Bundestages eine Stellungnahme abgegeben und dem bestehenden Kika-Online-Angebot attestiert, dass es den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht.

Nach Auffassung der Kinderkommission kann das Angebot von Kika-Online durch seinen informativen, ausgewogenen Charakter und die differenzierte Darstellungsweise, die sowohl Kinder als auch Eltern anspricht, eine kritische Medien-Kompetenzvermittlung unterstützen. Das zusätzliche Angebot der Fernsehsender im Internet, die Ergänzung des TV-Kinderprogramms über die websites dürfen und sollten nicht allein den privaten Sendern überlassen werden, sondern auch ein Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein. Wichtig ist dabei für Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, nicht-kommerzielle und werbefreie Angebote im Netz als „echte Alternative“ nutzen zu können.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages vertritt ein differenziertes Bild der Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen: Sie sieht zum einen den zunehmenden Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen kritisch und weist ausdrücklich auf die Gefahren einer möglichen „Medienverwahrlosung“ hin. Andererseits erkennt die Kinderkommission ausdrücklich an, dass der heutige Alltag der Kinder und Jugendlichen wesentlich durch elektronische Medien geprägt wird. Die Kinderkommission wirbt daher für eine begrenzte und kritische Mediennutzung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen. Gleichzeitig ist der kritische Umgang gerade mit den neuen Medien eine wesentliche Kompetenz, die Kinder und Jugendliche lernen müssen. Dieser Kompetenzerwerb jedoch kann nur durch und in Begleitung von Medien stattfinden. In zunehmendem Maße hat der urteilssichere Zugang zu neuen Medien, insbesondere zum Internet, auch eine demokratische und partizipative Dimension. Demokratische Meinungsbildungsprozesse verlagern sich immer weiter in den virtuellen Raum. Auch die Beschaffung und kritische Bewertung von Informationen erfolgen immer häufiger im Zusammenhang

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

mit dem World Wide Web. Kinder und Jugendliche werden mehr denn je früh gefordert. Steigende Verantwortlichkeit für die eigene Lebensführung, multikulturelle Lebens- und Lernzusammenhänge, wachsende Wahl- und Informationsmöglichkeiten erfordern Fähigkeiten, sich zu orientieren, zu unterscheiden und zu entscheiden.



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung Kinderkommission im Bundestag „Gesunde Ernährung“

Berlin, 17. Juli 2009

Herausgeber:
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Übergewicht und die sogenannte Fettleibigkeit (Adipositas) stellen eines der größten gesundheitlichen Risiken im 21. Jahrhundert dar. Mehr als jedes sechste Kind ist übergewichtig. Essstörungen entstehen in einer komplexen Wechselwirkung zwischen biologischen, psychosozialen und soziokulturellen Faktoren. Die Kinderkommission hat sich in ihren letzten Sitzungen mit dem Thema gesunde Ernährung beschäftigt und dazu eine Stellungnahme verabschiedet.

Zahlreiche wissenschaftliche Studien haben aufgezeigt, dass zwischen Gesundheit und sozialer Ungleichheit ein enger Zusammenhang besteht. Kinderarmut wirkt sich langfristig und im weiteren Lebensverlauf negativ auf die Gesundheit aus. Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen, mit niedrigem Bildungsgrad und Kinder mit Migrationshintergrund weisen ein höheres Risiko für Übergewicht und Adipositas auf.

Gesundheitsförderung und Prävention muss sich an der Lebenswelt der Kinder und Eltern orientieren, sie müssen aktiv an der Planung und Umsetzung beteiligt werden. Deswegen fordert die Kinderkommission des Deutschen Bundestages Gesundheitsförderung und Prävention mit Hilfe eines Präventionsgesetzes flächendeckend und dauerhaft zu verankern.

Um alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu erreichen, befürwortet die Kinderkommission auch Fragen der Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung deutlicher in den Schulalltag zu integrieren.

Um die Kaufentscheidung für gesunde Lebensmittel zu erleichtern, spricht sich die Kinderkommission für eine einfache, verständliche und bundesweit verbindliche Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln aus, die auf einen Blick sichtbar macht, wie viel Zucker, Fett oder Salz ein Produkt enthält.

Die vollständige Stellungnahme können Sie unter http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Empfehlungen_und_Stellungnahmen/gesunde_ernaehrung.pdf nachlesen.



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission fordert verbesserte Zusammenarbeit der Ministerien bei Kindesentziehung

Berlin, 24. Juli 2009

Herausgeber:
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Jedes Jahr werden in Deutschland rund 1.000 Kinder dauerhaft vermisst. In vielen Fällen handelt es sich dabei um internationale Entführungen, bei denen ein Elternteil das Kind gegen den Willen des anderen ins Ausland bringt. Die Kinderkommission wird immer wieder von betroffenen Eltern um Hilfe gebeten und hat sich deswegen in einer vergangenen Sitzung mit diesem Thema beschäftigt.

Verschwindet ein Kind spurlos, ist schnelle und konzentrierte Hilfe entscheidend. Jede Stelle, an die sich betroffene Eltern wenden können, sollte kompetente Kontaktpersonen ausweisen, die schnell die notwendigen Maßnahmen ergreifen. Die Kinderkommission fordert deswegen ein umfassendes Informations- und Fortbildungsangebot der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei, Jugendamt und Botschaften. Insgesamt muss die Vernetzung und Kooperation aller involvierten Stellen insbesondere der zuständigen Ministerien verbessert werden. Ziel muss es sein, dem verlassenen Elternteil mit allen staatlich zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu helfen. Zudem hält die Kinderkommission den Aufbau eines Alarmsystems für vermisste Kinder in den Mitgliedsstaaten des Haager Kinderschutzübereinkommen für notwendig.

Die vollständige Stellungnahme können sie unter http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/kiko/Empfehlungen_und_Stellungnahmen/kindesentziehung_ausland.pdf nachlesen.



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission fordert wirksame Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche

Berlin, 11. August 2009

Herausgeber:
Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Die UNO hat den 12. August zum Internationalen Tag der Jugend ausgerufen, um deutlich zu machen, wie wichtig es ist, dass sich Jugendliche in allen Staaten der Welt an der Politik beteiligen. Denn sie sind es, die Morgen mit den Auswirkungen der Politik von heute leben werden. Dies gilt nicht nur für die Umwelt, sondern für alle Bereiche der Gesellschaft und der Wirtschaft.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages appelliert an die Jugendlichen, sich für ihre Interessen einzusetzen und ihre Anliegen in politischen und gesellschaftlichen Jugendorganisationen einzubringen. Um Demokratie lern- und erlebbar zu machen, empfiehlt die Kinderkommission des Deutschen Bundestags den Bundesländern die Förderung von Kinder- und Jugendparlamenten in den Kommunen. Kinder- und Jugendparlamente sind aber nur eine Form der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Es bedarf zusätzlich altersangepasster und an den Interessen orientierter Mitwirkungsmöglichkeiten

Ekin Deligöz, die Vorsitzende der Kinderkommission, erklärt daher: „Wir brauchen eine Demokratieoffensive, damit Kinder und Jugendliche frühzeitig lernen sich für ihre eigenen Interessen stark zu machen. Mitwirkungsmöglichkeiten müssen Kindern und Jugendlichen Spaß machen, konkret ihr Lebensumfeld betreffen und zeitnah umgesetzt werden können. Es ist Aufgabe der Politik diese Rahmenbedingungen zu schaffen, um zu zeigen, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen ernst genommen werden!“

9.2. Stellungnahmen der Kinderkommission



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/26

Berlin, 26. Mai 2009

Ekin Deligöz, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages: „Frühe Hilfen ausbauen“

Die Zukunftsperspektiven unserer Kinder werden maßgeblich geprägt durch die Förder- und Bildungsangebote, die wir ihnen in frühen Jahren zuteil werden lassen.

Die Familie ist dabei die wichtigste Erziehungs- und Bildungsin-
stanz und Eltern sind die wichtigsten Partner im Bildungs- und
Erziehungsprozess von Kindern. Täglich arbeiten Eltern daran,
ihre Kinder zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten zu erzie-
hen. Eine beachtliche Leistung. Gelegentliche Überforderungssi-
tuationen und Hilflosigkeit gehören zur Normalität. Um ihrer
anspruchsvollen Erziehungs- und Bildungsaufgabe gerecht wer-
den zu können, brauchen Eltern Unterstützung - mal praktischer
Art, mal beratend.

Eltern wünschen sich Wissen, Orientierung und eigene Bildung,
die sie letztlich auch ihren Kindern vermitteln können.

Bisher wurden in Deutschland die Eltern tendenziell mit der
Verantwortung für ihre Kinder alleine gelassen. Der Staat trat
oftmals erst mit Beginn der Schulpflicht in Erscheinung. Mit dem
Tagesbetreuungsausbaugesetz und dem Kinderförderungsgesetz
kommt eine einmalige Dynamik in den Bereich der Kinder-
betreuung und frühkindlichen Bildung. Öffentliche Angebote für
Kinder werden damit deutlich früher im Leben eines Kindes
präsent und unterstützen zugleich Eltern in ihrem privaten und
beruflichen Alltag.

Angebote für werdende Eltern und für Eltern mit noch sehr
kleinen Kindern bzw. Babys müssen weiter ausgebaut werden.
Eine familienfreundliche Gesellschaft muss früh durch Angebote
Präsenz zeigen und mit einem fachlich kompetenten und
personell gut ausgestatteten Jugendamt alle Eltern unterstützen.
Die aktuelle Dynamik im Bereich der Kindertagesbetreuung und
die Entstehung von immer mehr Mehrgenerationenhäusern darf
den Handlungsbedarf im Bereich der frühen Hilfen nicht in Ver-



gessenheit geraten lassen. Im Gegenteil, sie muss für die Entwicklung der frühen Hilfen genutzt werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass Experten eine immer größer werdende Zahl an Eltern mit Defiziten in der Erziehungskompetenz vorhersagen.

Diesem wachsenden Bedarf auf Seiten der Eltern steht in Deutschland jedoch eine sehr unterschiedliche Angebotslandschaft gegenüber. In die Kinder- und Jugendhilfe integrierte Angebote sind ebenso rar wie Angebote der öffentlichen Gesundheitshilfe. Auch die Ausstattung mit Beratungsstellen ist nicht ausreichend. Zudem fühlen sich von dem vorhandenen Angebote eher Eltern der Mittelschicht angesprochen. Frühe Hilfen müssen sich jedoch an alle Eltern richten.

Erfolgreiche Konzepte wie Elternbriefe, Geburtsbegrüßungsprogramme, Familienhebammen, Eltern-Kind-Zentren, Stadtteilmütter oder spezielle Hilfsangebote wie z.B. für Eltern von Schreikindern benötigen deutlich mehr Unterstützung, um sich flächendeckend zu etablieren. Wichtig ist ein Minimum an Angeboten, die sich an alle Eltern richten. Ein entscheidender Aspekt für die Akzeptanz der Angebote ist, dass diese nicht stigmatisierend sein dürfen. Dennoch muss es ergänzend spezialisierte Angebote geben, die sich an Eltern mit besonderen Problemlagen richten. Grundlage aller Angebote ist eine wertschätzende Haltung der Fachkräfte gegenüber den Eltern. Der Zugang zu den Familien und der Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung sind die entscheidenden Herausforderungen in der praktischen Arbeit. Viele Konzepte haben sich bewährt, weil die Fachkräfte auf die Eltern zugehen und sie nicht darauf warten, dass die Eltern auf sie zukommen. Dabei müssen nicht alle frühen Hilfen zwingend von Fachpersonal ausgehen. Beispielhafte Konzepte wie das der Stadtteilmütter aus Berlin-Neukölln zeigen, dass auch Ehrenamtliche nach einer Qualifizierungsmaßnahme mit ihren Kompetenzen viele Hilfestellungen geben können. Viele Eltern sind dankbar über alltagsnahe, praktische Hilfen. Es hat sich gezeigt, dass es bei den Eltern eine insgesamt große Akzeptanz für diese präventiven Angebote gibt. Doch haben Eltern vielfach nur wenige Informationen über bestehende Angebote. Mehr Transparenz für die Eltern ist daher ebenso notwendig wie eine deutlich verbesserte Kooperation zwischen den Disziplinen. Akteure, die für die Eltern eine Lotsenfunktion übernehmen oder auf Seiten der Anbieter verbindliche Formen der Kooperation und klar geregelte Verfahrenswege sind sehr hilfreich.

Experten bestätigen, dass es bei den Fachkräften aus den verschiedenen Bereichen einen weiteren Qualifizierungsbedarf gibt. Gerade Familien mit einem hohen Unterstützungsbedarf

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Seite 3



brauchen aber verlässliche und kontinuierliche Hilfen. Ziel muss daher eine bessere, vernetzte und qualifizierte Angebotslandschaft mit einer verlässlichen Finanzierung der Anbieter von frühen Hilfen sein.



Ekin Deligöz, MdB

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende

**Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/27**

Berlin, 3. Juni 2009

Ekin Deligöz, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Elementarbildung - frühkindliche Förderung“

Qualität in den Kindertageseinrichtungen verbessern

Bildung ist eine, wenn nicht die entscheidende Ressource für die Zukunft unserer Kinder und damit auch für unsere Gesellschaft. Durch die Pisa-Studie wurde uns vor Augen geführt, dass unser Bildungssystem Defizite aufweist. Die Herausforderung besteht nun darin, die Versäumnisse nachzuholen und das System zu reformieren bzw. wo nötig, auszubauen.

Kinder haben nicht erst mit dem Eintritt in die Schule ein Recht auf Bildung, sondern bereits ab ihrer Geburt. Gerade in der frühen Kindheit lernen Kinder sehr viel. Die Ausbildung ihrer Basiskompetenzen und der Einstieg in eine erfolgreiche Bildungsbiografie werden schon in frühen Kindesjahren geprägt. Versäumnisse in dieser Phase wiegen doppelt schwer.

In Armut aufzuwachsen bedeutet für Kinder und Jugendliche stark eingeschränkte Entwicklungschancen auf mehreren Ebenen und verschiedenen Lebensbereichen. Die negativen Effekte von Armut sind typischerweise umso gravierender, je länger die Kinder in Armut gelebt haben, und fallen umso stärker aus, je jünger die Kinder sind.



Traurige Realität ist leider immer noch, dass die soziale und ethnische Herkunft des Kindes seine Bildungschancen bestimmen.

Ein wichtiger Schritt zur Förderung benachteiligter Kinder besteht – neben der direkten Bekämpfung von Armut – darin, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie diesen Kindern gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und ihnen Lernanregungen und positive Erfahrungen vermittelt werden. Kindertageseinrichtungen als Orten frühkindlicher Bildung kommt eine besondere Rolle zu, da sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, ungerechte Startchancen von Kindern frühzeitig auszugleichen.

Frühkindliche Bildung, gerade in Kindertagesstätten und bei Tagesmüttern, heißt ganzheitliche Bildung. Dabei geht es nicht allein darum, Wissen anzueignen und Fertigkeiten auszubilden, die dem späteren schulischen und beruflichen Erfolg dienen. Frühkindliche Bildung schließt lernmethodische und soziale Kompetenzen ein und zielt auf die Förderung kindlicher Autonomie und sozialer Mitverantwortung.

Um die Bildungschancen für alle Kinder zu verbessern und zu sichern, ist die Qualität der Angebote von entscheidender Bedeutung. Doch gerade die Qualität im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung weist in den 16 Bundesländern deutliche Unterschiede auf. Für alle gilt, dass der Personalschlüssel ein wichtiges Kriterium für die Qualität von Kindertageseinrichtungen ist. Der Personaleinsatz pro Kind unter drei Jahren weist im Bundesländervergleich aber eine Spannweite von 1:4 bis 1:8 auf. Eine flächendeckende und vor allem angemessene frühkindliche Bildung und Förderung ist unter diesen Bedingungen nur schwer umzusetzen. Wissenschaftler empfehlen ein Verhältnis von 1:3. Damit hängen



die Bildungschancen gerade für kleine Kinder sehr stark davon ab, in welchem Bundesland sie geboren werden. Verbesserungen bei der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern sind notwendig. Gemessen an der gestiegenen Komplexität ihrer Aufgaben, erscheint das Ausbildungsniveau verbesserungswürdig. Es ist zu begrüßen, dass hier verschiedene Reformansätze – bis hin zur Einrichtung von Hochschul- und Fachhochschulzweigen – verfolgt werden. Deren Umsetzung sollte allerdings forciert werden.

Verantwortungsvolle Politik muss jedoch allen Kindern frühe Bildungserfahrungen und -chancen ermöglichen. Daher müssen ausreichend Kinderbetreuungsangebote in guter Qualität bundesweit zur Verfügung stehen. Um frühkindliche Bildung und Betreuung zu ermöglichen, spricht sich die Kinderkommission für eine bundeseinheitliche Regelung von qualitativen Mindeststandards (beispielsweise Personalschlüssel) in der Kindertagesbetreuung aus. Nur so können Kindertageseinrichtungen ihren Bildungsauftrag umsetzen sowie gerechte Startchancen und gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Kinder erreicht werden. Die Kinderkommission regt daher an, zu prüfen, inwieweit qualitative Mindeststandards im Kinder- und Jugendhilferecht verankert werden können und fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern dahingehende Regelungen zu vereinbaren.

Ekin Deligöz, MdB

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/28

Berlin, 9. Juni 2009

Diana Golze, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Kinderkommission fordert wirksame Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche

Die Chancen im deutschen Bildungssystem hängen nachweislich von der sozialen Herkunft ab. Benachteiligende Lebenslagen wirken sich nicht nur negativ auf die Bildungskompetenzen aus, indem die soziale Herkunft eine umfangreichere Bildungsförderung behindert. Hinzu kommt, dass selbst bei gleicher Leistung oft auch der familiäre Hintergrund der Schüler/innen maßgeblich über ihre Bildungschancen entscheidet. Die Kinderkommission setzt sich dafür ein, dass alle Kinder, mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Behinderung sowie unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gefördert werden und lernen können.

Im Hinblick auf außer-schulische Bildung ist es wichtig, die Vorbildwirkung der Kinder- und Jugendhilfe zu betonen. Schule kann vom eigenständigen Bildungsauftrag der Jugendarbeit profitieren. Millionen von Kindern und Jugendlichen nutzen die außerschulischen Bildungsangebote in Vereinen, Jugendverbänden und Einrichtungen der Jugendarbeit. Die Kinderkommission hält es für unentbehrlich, den mehrfach geäußerten förderpolitischen Anspruch, dass die Jugendhilfeausgaben deren Aufgaben zu folgen haben, bei allen anstehenden Veränderungsprozessen, die mit Aufgabenerweiterungen für die Jugendarbeit einhergehen, zu berücksichtigen.

Der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung bekennt sich zum „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“. Laut Artikel 24 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union wird die Meinung von Kindern in den Angelegenheiten, die sie betreffen, in einer ihrem Alter und ihrem Reifegrad entsprechenden Weise berücksichtigt. Mit Bezug auf die UN-Kinderrechtskonvention, das Grundgesetz und das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) ergeben sich hieraus



Verpflichtungen zu gerechten Bildungschancen, Kinderrechten und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestags empfiehlt den Bundesländern die Förderung von Kinder- und Jugendparlamenten in den Kommunen. Dies soll jungen Menschen Demokratie lern- und erlebbar machen. Kinder- und Jugendparlamente sind aber nur eine Form der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Es bedarf zusätzlich altersangepasster und an den Interessen orientierter Mitwirkungsmöglichkeiten. Offene Beteiligungsformen, wie z.B. Zukunftswerkstätten oder Stadtteilstudien, die den Kindern Spaß machen, konkret ihr Lebensumfeld betreffen und zeitnah umgesetzt werden können, sollen gefördert werden. Zentral ist jedoch, dass die Beteiligung nicht bloße Alibi-Funktion hat und Kinder wie Jugendliche ernst genommen werden.

Zur Stärkung der Teilhabe-Rechte von Kindern und Jugendlichen muss an den Orten angesetzt werden, wo sich Kinder und Jugendliche in der Regel aufhalten (in Kindertagesstätten, Schulen, Horten, Jugendklubs und -zentren, am Ausbildungsplatz, beim Studium etc.). Vor diesem Hintergrund fordert die Kinderkommission eine Sicherung der Teilhabe aller Kinder am gesellschaftlichen Leben unabhängig von ihrer Herkunft und dem Erwerbsstatus ihrer Eltern.

Ein sogenanntes Wahlrecht von Geburt an lehnt die Kinderkommission ab, da es in seinen Konsequenzen gerade nicht den Ansprüchen von Kindern und Jugendlichen an Beteiligung gerecht wird. Weder entspricht ein Stellvertreterwahlrecht den demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes und den allgemeinen Grundsätzen des Wahlrechts, noch verbessert es die Situation von Kindern und Jugendlichen in Fragen der Mitbestimmung wirklich.

Integration bedeutet aktive Interaktion und Teilhabe. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche, wie die UN-Kinderrechtskonvention vorschreibt. Deshalb fordert die Kinderkommission auch die Rücknahme der Vorbehaltserklärung der Bundesregierung zur UN-Kinderrechtskonvention. Ferner setzt sich die Kinderkommission für die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz ein.

Diana Golze, MdB

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/29

Berlin, 16. Juni 2009

Diana Golze, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Kinderkommission gegen Kinderarmut

Die Kommission zur Wahrnehmung der Belange von Kindern des Deutschen Bundestages hält die Armut von Kindern und Jugendlichen für eines der schlimmsten, aber auch vermeidbarsten Probleme in Deutschland. Bei der Bekämpfung von Kinderarmut gibt es keine einfache Lösung für das gesamte Problem. Es bedarf einer Vielzahl von Aktivitäten auf allen politischen Ebenen. Wichtig dabei ist, dass soziale Transfers nicht gegen infrastrukturelle Investitionen ausgespielt werden sollten. Auf beiden Gebieten sind dringend Verbesserungen zugunsten der Kinder durchzusetzen. Dies ergab (auch) eine **Anhörung der Kinderkommission zum Thema „Maßnahmen gegen Kinderarmut“**.

Die Kinderkommission schließt sich dem Beschluss des Bundesrates an, dass „die in § 24a Satz 1 SGB II und in § 28a Satz 1 SGB XII vorgesehene Begrenzung der Leistungsgewährung auf Schülerinnen und Schüler bis zum Abschluss der Jahrgangsstufe 10 zu streichen (ist). Der Leistungsausschluss für Schülerinnen und Schüler, die einen höheren Bildungsabschluss anstreben, ist sachlich nicht gerechtfertigt und bildungspolitisch kontraproduktiv. Gerade Leistungsempfänger nach dem SGB II und SGB XII, die einen höheren Bildungsabschluss anstreben, sollten angesichts der Diskussionen um die soziale Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems gegenüber anderen Schülerinnen und Schülern in Sozialleistungsbezug nicht finanziell benachteiligt werden. Zudem widerspricht der Leistungsausschluss der politischen Zielsetzung, den Anteil der Personen mit einem höheren Bildungsabschluss in den kommenden Jahren signifikant zu steigern.“ (Drs. 753/08 [B] v. 7.11.2008). Vor diesem Hintergrund wird die nachträgliche **Ausweitung des Schulbedarfspaketes** von der Kinderkommission sehr begrüßt.



Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenständigen Rechten und Ansprüchen an die Gesellschaft. Aus diesem Gedanken leitet die Kinderkommission viele ihrer politischen Forderungen ab. Von der Aufnahme von expliziten Kinderrechten in das Grundgesetz bis zum Erhalt des Kinder- und Jugendhilfegesetzes hat die Kinderkommission hierzu bereits verschiedene Stellungnahmen abgegeben und Forderungen formuliert.

Gemeinsam mit dem Bundesrat fordert die Kinderkommission die Bundesregierung auf, „wie auch bereits in der Entschließung des Bundesrates vom 23. Mai 2008, vgl. BR-Drucksache 329/08 (Beschluss), die **Regelleistungen sowie die Regelsätze für hilfebedürftige Kinder neu zu bemessen**. Hierbei sind die besonderen Bedarfe für die Mittagsverpflegung in Ganztagschulen oder Schulen mit einem Bildungs- und Betreuungsangebot am Nachmittag und in Kindertageseinrichtungen zu berücksichtigen.“ (Drs. 753/08 [Beschluss] vom 7.11.2008).

Sozialleistungen für Kinder in Hartz-IV müssen sich an deren Bedarf orientieren. Generell ist eine konkrete kinderspezifische Bedarfsanalyse notwendig. Bei der Erhebung müssen die Kosten für eine gesunde Ernährung, Kleidung, Schulbesuch und Teilnahme an kulturellen Angeboten einbezogen werden. Die Kinderkommission setzt sich dafür ein, dass Kinder gesund aufwachsen, freien Zugang zu guter Bildung haben und gleichberechtigt am alltäglichen Leben teilhaben können.

Gleichzeitig müssen verstärkt Investitionen in infrastrukturelle Fördermaßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit sowie Kinder- und Jugendhilfe unternommen werden. Millionen von Kindern und Jugendlichen nutzen die außerschulischen Bildungsangebote in Vereinen, Jugendverbänden und Einrichtungen der Jugendarbeit. **Die Kinderkommission hält es für unentbehrlich, den mehrfach geäußerten förderpolitischen Anspruch, dass die Jugendhilfeausgaben deren Aufgaben zu folgen haben, bei allen anstehenden Veränderungsprozessen, die mit Aufgabenerweiterungen für die Jugendarbeit einhergehen, zu berücksichtigen.**

Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit müssen durch eine Gemeinschaftsanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen rückgängig gemacht werden. Nur mit personell und finanziell gut ausgestatteten Jugendämtern sowie einheitlichen Qualitätsstandards für die Kinder- und Jugendhilfe kann auch ein adäquater Kinderschutz gelingen.



Entsprechend der Bedeutung der **Jugendarbeit gerade in strukturschwachen Regionen** muss diese auf finanziell sichere Füße gestellt werden. Der demographische Wandel sowie die anhaltende Abwanderung aus Ostdeutschland dürfen nicht für Einsparungen in einem so sensiblen Bereich wie der Kinder- und Jugendhilfe genutzt werden. Das Gegenteil sollte der Fall sein. Investitionen in qualifiziertes Personal sind notwendig, um Familien mit Kindern frühzeitig professionelle Hilfe anbieten zu können

Kinder- und Jugendhilfeleistungen nach SGB VIII haben ihre vorrangige Berechtigung und dürfen nicht aus Finanzierungsproblemen heraus durch Maßnahmen des Sozialgesetzbuches II ersetzt werden. Grundsätzlich bedarf die besondere Bedeutung der Jugendsozialarbeit im Kontext des sozialstaatlichen Grundverständnisses des SGB VIII der Stärkung, weil die Angebote des SGB II für viele junge Menschen nicht deren komplexen Alltagsproblemen, deren Erfahrungen des Scheiterns, deren Lern- und Verselbständigungsproblemen entsprechen. Für eine Stärkung fordert die Kinderkommission eine bessere Verzahnung der Jugendsozialarbeit nach SGB VIII mit den Leistungen nach SGB II. Die Kinderkommission empfiehlt eine bessere finanzielle Absicherung der Aufgabenstellungen der Jugendsozialarbeit, etwa durch eine gesetzliche Ergänzung in den landesgesetzlichen Ausführungsgesetzen zum SGB VIII (im Sinne des § 79 SGB VIII). Dabei wäre auch an eine Stärkung des Jugendwohnens nach §§ 13 Abs.3, 19, 41 SGB VIII zu denken. Die Kinderkommission möchte die Rechtsperspektive des Kindes in den Mittelpunkt stellen. Langfristig sollen alle Rechte von Kindern und alle Leistungen für Kinder in einem Gesetz zusammengefasst werden.

Diana Golze

Diana Golze, MdB



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/30

Berlin, 3. Juli 2009

Ekin Deligöz, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme Kindesentziehung ins Ausland

Jedes Jahr werden in Deutschland rund 1.000 Kinder dauerhaft vermisst. In vielen Fällen handelt es sich dabei um internationale Entführungen, bei denen ein Elternteil das Kind gegen den Willen des anderen ins Ausland bringt. Die Kinderkommission wird immer wieder von betroffenen Eltern um Hilfe gebeten und hat sich deswegen in einer Sitzung im Mai mit diesem Thema beschäftigt.

Durch eine erhöhte Mobilität der Menschen gibt es immer mehr binationale Partnerschaften, aus denen Kinder hervorgehen. Bei einer Trennung der Eltern kommt es, wie in rein innerstaatlichen Familien auch, häufig zu Streitigkeiten um das Sorge- und Umgangsrecht. Mit einer Mitnahme des gemeinsamen Kindes ins Ausland, soll das zurückgebliebene Elternteil vor vollendete Tatsachen gestellt und eine Sorgerechtsentscheidung zu Gunsten des entführenden Elternteils herbeigeführt werden. Kindesentziehung ist allerdings nicht nur ein Problem binationaler oder nichtdeutscher Familien, sondern kommt auch immer öfter in deutschen Familien vor.

Das Haager Kinderschutzübereinkommen (HKÜ) bietet ein Verfahren zur schnellen Rückführung eines Kindes in seine gewohnte Umgebung, wenn das Kind widerrechtlich von einem Vertragsstaat in einen anderen gebracht oder nach einem Umgangskontakt nicht mehr zurückgegeben wurde. Der zurückgelassene Elternteil kann dann im Rahmen des HKÜ einen Antrag auf Rückführung des Kindes stellen und hierbei die Unterstützung der Zentralen Behörden der Vertragsstaaten in Anspruch nehmen. Über die Rückführung entscheidet das Gericht in dem Staat, in den



das Kind gebracht wurde. Hierbei handelt es sich nicht um eine Sorgerechtsentscheidung.

In der Regel wendet sich das zurückgebliebene Elternteil bei einem Kindesentzug als erstes an die Polizei und das zuständige Jugendamt. Dort gibt es aber häufig Schwierigkeiten, den Sachverhalt der Kindesentziehung vom Sachverhalt der Sorgerechtsentscheidung abzugrenzen. Das führt zu Fehlern bei der Entscheidung über die Zuständigkeit und damit zu Zeitverzögerungen. Um die Kompetenz und Sensibilität bei den zuständigen Behörden zu verbessern, fordert die Kinderkommission deswegen ein umfassendes Informations- und Fortbildungsangebot der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei und Jugendamt, damit schnell und einführend geholfen werden kann.

Insgesamt berichten Betroffene davon wie schwierig es ist, zügig die wichtigsten Informationen und Unterstützung zu erhalten. Immer wieder wird deswegen eine zentrale Anlaufstelle gefordert. Eine zentrale Anlaufstelle mit Lotsenfunktion wie sie der Internationale Sozialdienst (ISD) im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. in Berlin darstellt. Im Falle einer Kindesentführung begleitet der ISD mit Hilfe seines internationalen Netzwerks das Elternteil und informiert über die sozialpsychologischen und rechtlichen Aspekte. Zudem wird versucht den Kontakt und die Kommunikation zwischen den Konfliktparteien herzustellen, um in Zusammenarbeit aller betroffenen Parteien eine gemeinsame Strategie zum Wohle des Kindes zu erarbeiten. Um die steigenden Fallzahlen bewältigen zu können und zudem auch eine bessere Vernetzung und Kooperation aller involvierten Stellen wie dem Bundesministerium für Justiz und dem Auswärtigen Amt zu gewährleisten, fordert die Kinderkommission eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung des ISD.

Wird ein Kind in ein Land entzogen, das auch dem HKÜ beigetreten ist, so kann die Unterstützung der deutschen Zentralen Behörden in Anspruch genommen werden. Das Übereinkommen verpflichtet die Vertragsstaaten grundsätzlich dazu, die Rückführung der Kinder zu ermöglichen. Schwieriger ist der Fall, wenn zwischen Deutschland und dem Land, in das das Kind entführt wurde, keinerlei



internationale Vereinbarungen zur Lösung dieses Problems bestehen. Hier müssen vor Ort Rechtsanwälte beauftragt und ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werden. Allerdings können sich diese Verfahren sehr vom deutschen Verfahren unterscheiden. Viele Staaten sprechen z.B. Müttern kein oder nur ein eingeschränktes Sorgerecht zu, so dass eine Klage oftmals nicht erfolgreich ist. Die Kinderkommission fordert deswegen eine Sensibilisierung des Fachpersonals, insbesondere der Rechtsanwälte und Richter, über alle Grenzen hin weg.

Es ist wichtig, dass betroffenen Elternteilen eine verständliche Zusammenfassung der Kontaktstellen und der Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt wird. Die Kinderkommission würde deswegen eine Überarbeitung des Leitfadens der zuständigen Ministerien (BMJ und AA) begrüßen. Auch hier plädiert die Kinderkommission für eine Schulung der Botschaftsmitarbeiter und –mitarbeiterinnen.

Im Falle einer Kindesentziehung ein allgemein gültiges Verfahren umzusetzen, ist schwierig. Zu unterschiedlich stellt sich jeder einzelne Fall dar. Unabdingbar ist es deswegen, dem verlassenen Elternteil mit allen staatlichen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten in dieser Ausnahmesituation zu helfen. Allgemeines Ziel soll sein, mehr Staaten zum HKÜ-Beitritt zu bewegen. Die Mitgliedstaaten sollen ihre Zusammenarbeit intensivieren und aufeinander abstimmen und die Nichtmitglieder sollen an die Arbeitsweise des HKÜ herangeführt werden. Zudem ist der Aufbau eines Alarmsystems für vermisste Kinder in den Mitgliedsstaaten notwendig. Verschwindet ein Kind spurlos, ist schnelle und konzentrierte Hilfe entscheidend. Die Kinderkommission fordert deswegen insgesamt eine verbesserte Zusammenarbeit der zuständigen Behörden insbesondere zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Justiz und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Ekin Deligöz, MdB

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende

Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/31

Berlin, 6. Juli 2009

Ekin Deligöz, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme Gesunde Ernährung

Mit dem Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KIGGS) und dem 13. Kinder- und Jugendbericht liegen aktuelle und repräsentative Daten zur gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen in Deutschland vor. Als großes Problemfeld haben sich dort Störungen im Essverhalten herauskristallisiert. Aus diesem Grund hat sich die Kinderkommission mit diesem Thema intensiv beschäftigt.

Übergewicht und die sogenannte Fettleibigkeit (Adipositas) stellen eines der größten gesundheitlichen Risiken im 21. Jahrhundert dar. Mehr als jedes sechste Kind ist übergewichtig. Adipös ist jedes 16. Kind im Grundschulalter sowie jeder 12. Jugendliche ab 14 Jahren. Adipositas hat sowohl genetische als auch ernährungsphysiologische Ursachen. Die in den letzten Jahren angestiegenen Zahlen sind auch durch die veränderten Lebensbedingungen von Kindern erklärbar. Kinder bewegen sich im Alltag immer weniger, verbringen immer mehr Freizeit vor dem Fernseher und dem Computer, sie trinken mehr Zuckerhaltiges und essen mehr salzige und fetthaltige Snacks.

Sowohl bei der Entstehung als auch bei der Behandlung von Essstörungen haben Eltern eine zentrale Bedeutung: Eltern geben ihrem Nachwuchs nicht nur ihre Veranlagung weiter, sondern sie sind die wichtigsten Vorbilder mit ihrem Ess- und Bewegungsverhalten. Sie sollten sich dieser Rolle bewusst sein und auf die Ernährungsgewohnheiten und körperlichen Aktivitäten ihrer Kinder durch eigenes Vorleben positiven Einfluss nehmen.



Essstörungen entstehen demnach in einer komplexen Wechselwirkung zwischen biologischen, psychosozialen und soziokulturellen Faktoren. Daher bedarf es komplexer Antworten. Einfache Informationskampagnen und Aufklärung allein reichen nicht. Der Alltag und die Realität der Menschen müssen beachtet, die Ursachen müssen angegangen werden.

Zahlreiche wissenschaftliche Studien haben aufgezeigt, dass zwischen Gesundheit und sozialer Ungleichheit ein enger Zusammenhang besteht. Kinderarmut wirkt sich langfristig und im weiteren Lebensverlauf negativ auf die Gesundheit aus. Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen, mit niedrigem Bildungsgrad und Kinder mit Migrationshintergrund weisen u. a. ein höheres Risiko für Übergewicht und Adipositas auf. Auch sind sie häufiger von psychischen Problemen betroffen.

Ein großer Teil der sozial bedingten gesundheitlichen Ungleichheit erklärt sich allein aus der sozialen Position. Deshalb ist eine gesundheitsförderliche Gesamtpolitik zu entwickeln, um die sozial bedingte Ungleichheit der Gesundheitschancen verringern zu können. Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Bildungs-, Sozial-, Kinder-, Familien-, Wohnungsbau- und Umweltpolitik müssen hierfür Hand in Hand arbeiten.

Darüber hinaus sind Gesundheitsförderung und Prävention flächendeckend und dauerhaft zu verankern. Die Lebens- und Sozialkompetenz kann gefördert und Menschen bereits in jungen Lebensjahren gestärkt werden, damit sie angemessen auf psychische Belastungen und Anforderungen reagieren können. Erforderlich ist, lebensweltorientierte Ansätze zu stärken. Damit werden die Menschen in ihrem Lebensumfeld erreicht, also dort, wo sie leben, spielen, lernen und arbeiten. Darüber hinaus sollten die Ansätze darauf zielen, das Lebensumfeld der Menschen zu verändern. Partizipation gilt als Schlüsselgröße der Prävention: Die Menschen sind daher aktiv an der Planung und Umsetzung der Angebote vor Ort zu beteiligen. Damit diese Ziele erreicht werden, bedarf es eines Präventionsgesetzes.



Essen ist ein soziokultureller Prozess, der durch Familie, Freunde und Bekannte bestimmt wird. Der Alltag vieler Kinder ist jedoch durch unregelmäßige Mahlzeiten und unausgewogenes Essen gekennzeichnet. Gemeinsames Essen mit der Familie ist seltener, alleine Essen vor dem Fernseher ist normaler geworden. Je älter das Kind wird, desto mehr verlagert sich das Essen weg von der Familie hin zu Tageseinrichtungen. Jedes zehnte Kind zwischen drei und 14 Jahren nimmt seine Mittagsmahlzeit in einer Tageseinrichtung ein. Besonders Kinder mit den beiden Risikofaktoren für eine Adipositas, Migration und Bildungsferne werden aber oftmals mit dem institutionalisierten Essen in den Tageseinrichtungen nicht erreicht.

Um alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu erreichen, befürwortet die Kinderkommission deshalb, Fragen der Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung deutlicher in den Schulalltag zu integrieren. Gesundheit muss kontinuierlich im Lebensalltag gefördert und nicht als etwas „zusätzliches“ betrachtet werden. Das beinhaltet insbesondere die Forderung nach einer gesunden, wohlschmeckenden und kostenfreien Mittagsverpflegung an den Schulen. Anzuregen wäre auch das Aufstellen von kostenlosen Wasserspendern im Schulgebäude, da gerade kalorienreiche Softdrinks, die oft in Schulen an Automaten oder in der Cafeteria angeboten werden, sich negativ auf die Energiebilanz von Kindern auswirken. Alle Maßnahme sollten pädagogisch begleitet werden.

Für Eltern ist es nicht immer leicht, ihre Kinder gesund zu ernähren. Die Werbung preist angeblich gesundheitlich wertvolle Nahrungsmittel und Getränke für Kinder an und die Kaufentscheidung wird durch mangelnde Transparenz der Inhaltsstoffe schwierig gemacht. Die Kinderkommission spricht sich deswegen für eine einfache, verständliche und bundesweit verbindliche Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln aus, die auf einen Blick sichtbar macht, wie viel Zucker, Fett oder Salz ein Produkt enthält.

Für adipöse Kinder fordert die Kinderkommission zudem die Einrichtung von sicheren und kompetenten Strukturen für die Therapie und Beratung. Es werden wohnortnahe und niederschwellige Angebote benötigt, die die Selbstwirksamkeit der Familien stärken. Adipositas ist eine



chronische Erkrankung, die Risiken für weitere ernsthafte Erkrankungen in sich birgt.

Genauso belastend wie die körperlichen Risiken sind für die Betroffenen mangelndes Selbstwertgefühl, das auch durch Hänseleien im Kindergarten oder in der Schule verursacht wird. Auch in Sportvereinen finden übergewichtige Kinder selten Bestätigung und Freude, da die Angebote dort zumeist leistungsorientiert sind. Anstatt sich mehr zu bewegen, Spaß zu haben und Bestätigung zu erfahren, ziehen sich diese Kinder vermehrt aus sozialen Beziehungen zurück. Um die Lebensqualität von adipösen Kindern zu erhöhen, fordert die Kinderkommission deswegen alters- und zielgruppenspezifische Sportangebote und speziell ausgebildete Trainer sowie ausreichende und individuelle Möglichkeiten für Sport und Bewegung in Freizeit und Schule für alle Kinder und Jugendliche.



Ekin Deligöz, MdB

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende

**Kommissionsdrucksache
16. Wahlperiode
16/32**

Berlin, 07. Juli 2009

Ekin Deligöz, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme der Kinderkommission zum bereits bestehenden Angebot des Kika (Kika-Online)

Hintergrund

Mit Inkrafttreten des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages am 01. Juni 2009 müssen alle Telemedienangebote von ARD und ZDF den Drei-Stufen-Test durchlaufen. Dabei werden nicht nur neue oder veränderte digitale Angebote einem Drei-Stufen-Test durch den jeweils zuständigen Rundfunkrat unterzogen, sondern auch der gesamte Telemedienbestand.

Im ersten Schritt prüft der Rundfunkrat des MDR inwieweit das neue Angebot den demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht.

Bis zum 29. Juli 2009 können Stellungnahmen abgegeben werden.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages vertritt ein differenziertes Bild der Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen: Sie sieht zum einen den zunehmenden Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen kritisch und weist ausdrücklich auf die Gefahren einer möglichen „Medienverwahrlosung“ hin. Die virtuelle Welt kann neurobiologische und psychologische Auswirkungen bei den Kindern und Jugendlichen haben, die negative Effekte



hinsichtlich der körperlichen und seelischen Entwicklung haben können. Die daraus erwachsenden Gefahren sind keineswegs zu unterschätzen. Aufgrund dieser Tatsachen hat sich die Kinderkommission des Deutschen Bundestages bereits 2006 mit dem Thema „Kinder und Medien“ auseinandergesetzt. Im Mittelpunkt standen dabei auch die negativen Auswirkungen eines erhöhten Medienkonsums von Kindern und Jugendlichen.

Fakt ist jedoch auch: Der heutige Alltag der Kinder und Jugendlichen wird wesentlich geprägt durch elektronische Medien. Neben den herkömmlichen technischen Geräten wie dem Fernsehen oder dem Radio gehören das Internet, das Handy oder Spielekonsolen zum jugendlichen Leben. Kinder und Jugendliche nutzen den Computer und das Internet in immer stärkerem Umfang. Laut einer aktuellen Studie gibt es schon in 88 Prozent der Haushalte, in denen Kinder leben, einen Computer. Derzeit geht knapp die Hälfte der Zehn- bis Elfjährigen höchstens einmal pro Woche online und hält sich maximal 30 Minuten auf (Trend Tracking Kids 2008). Vor dieser Entwicklung die Augen zu verschließen wäre fahrlässig. Die Kinderkommission wirbt daher für eine begrenzte und kritische Mediennutzung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen.

Gleichzeitig ist der kritische Umgang gerade mit den neuen Medien eine wesentliche Kompetenz, die Kinder und Jugendliche lernen müssen. Dieser Kompetenzerwerb jedoch kann nur durch und in Begleitung von Medien stattfinden. In zunehmendem Maße hat der urteilssichere Zugang zu neuen Medien, insbesondere zum Internet, auch eine demokratische und partizipative Dimension. Demokratische Meinungsbildungsprozesse verlagern sich immer weiter in den virtuellen Raum. Auch die Beschaffung und kritische Bewertung von Informationen erfolgen immer häufiger im Zusammenhang



mit dem World Wide Web. Kinder und Jugendliche werden mehr denn je früh gefordert. Steigende Verantwortlichkeit für die eigene Lebensführung, multikulturelle Lebens- und Lernzusammenhänge, wachsende Wahl- und Informationsmöglichkeiten erfordern Fähigkeiten, sich zu orientieren, zu unterscheiden und zu entscheiden.

kika.de ist ein öffentlich-rechtliches Internetangebot für Kinder. Es ist werbefrei und bietet vielfältige Multimedia-Inhalte, die kindgerecht, aktuell und interaktiv aufbereitet werden mit dem Ziel, Kinder zu informieren, zu bilden, zu beraten und auch zu unterhalten. Die Internetseite versteht sich zudem als ein sicherer Raum, von dem aus die Kinder (auch in Begleitung von Eltern oder Pädagogen) spielerisch das Internet erkunden. Die Zuschauer können sich über das Programm informieren, mit dem Sender direkt in Kontakt treten, ihre Sorgen und Nöte dem KIKA anvertrauen, lernen und sich unterhalten. Ziel ist es, die Medienkompetenz bei Kindern zu fördern. Bei der Gestaltung des Internetangebots orientiert sich die Redaktion an den Qualitätskriterien des Erfurter Netcodes, einem Gütesiegel für Kinderseiten.

Nach Auffassung der Kinderkommission kann das Angebot von Kika-Online durch seinen informativen, ausgewogenen Charakter und die differenzierte Darstellungsweise, die sowohl Kinder als auch Eltern anspricht, eine kritische Medienkompetenzvermittlung unterstützen. In einer pluralistischen Gesellschaft und einem demokratischen Gemeinwesen ist diese Kritikfähigkeit eine wesentlich Voraussetzung für die Wahrnehmung der demokratischen Grundrechte und zur Teilhabe an der Zivilgesellschaft.

Gesellschaftlich besteht an einer möglichst großen Vielfalt der Onlineinhalte ein großes Interesse. Für das Onlineangebot

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Seite 4



kika.de besteht daher auch ein hohes kommunikatives Bedürfnis in der Gesellschaft. Das zusätzliche Angebot der Fernsehsender im Internet, die Ergänzung des TV-Kinderprogramms über die websites dürfen und sollten nicht allein den privaten Sendern überlassen werden, sondern auch ein Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein. Wichtig ist dabei für Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, nicht-kommerzielle und werbefreie Angebote im Netz als „echte Alternative“ nutzen zu können.

Der niedrighschwellige kostenlose Zugang zum Kika-Online-Angebot sowie die Werbefreiheit entsprechen zudem den sozialen und kulturellen Bedürfnissen unserer Gesellschaft. Seit 2006 sind die Internetseiten von Kika.de weitgehend barrierefrei gestaltet. Auch dies begrüßt die Kinderkommission ausdrücklich.

Ekin Deligöz, MdB